

Anschlag in der Normandie: Akt der „Barbarei“

Die Würde jedes Menschen achten

Die Freikirchenleitung drückt in ihrer Stellungnahme ihre Solidarität und ihr Mitempfinden mit den Gläubigen aus: „Wenn eine (katholische) Kirche entweiht wird, dann sind es die Gläubigen, die leiden. Kirchen und Plätze des Gottesdienstes sind Orte des Friedens, des Gebetes, der Gemeinschaft und der Zuflucht.“ Diese Eskalation der Brutalität und das verabscheuungswürdige Verbrechen, verübt von Menschen an anderen Menschen, seien nicht zu rechtfertigen. Ungeachtet aller berechtigten Empfindungen von Trauer und Zorn gelte es auch weiterhin, Böses mit Gutem zu bekämpfen und sich für den Frieden einzusetzen. „Wir beten, dass Gott unsere Herzen und unsere Gedanken verändern möge.“ Die adventistische Kirchenleitung ermutige ihre Mitglieder gemäß dem Evangelium von Jesus Christus die Würde eines jeden Menschen zu achten.

In Frankreich leben über 13.300 erwachsen getaufte Siebententags-Adventisten in 122 Kirchengemeinden.

Neues Gesetz in Russland: Adventistische Kirche will

Mitgliedern beistehen

Das neue Gesetz beschränke religiöse Aktivitäten auf registrierte kirchliche Gebäude und verbiete das freie Verteilen von religiöser Literatur. Übertretungen könnten bei Einzelpersonen mit Bußgeldern bis zu 50.000 Rubel (700 Euro) und bei Organisationen bis zu einer Million Rubel (14.000 Euro) bestraft werden.

„Die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten sowie andere christliche Kirchen in Russland widersetzen sich Extremismus und Terrorismus“, heißt es in einer Mitteilung der teilkontinentalen adventistischen Kirchenleitung (Euro-Asia Division, ESD) mit Sitz in Moskau. „Es versteht sich von selbst, dass es für Regierungen wichtig und notwendig ist, Maßnahmen zu ergreifen, die Extremismus und Terrorismus bekämpfen. Wir hoffen aber, dass dieses Gesetz ausschließlich auf terroristische und extremistische Organisationen und jene angewendet wird, die deren Auffassungen teilen“, heißt es in der Stellungnahme der ESD-Kirchenleitung. Diese hatte im Vorfeld der Gesetzes-unterzeichnung an Präsident Putin appelliert, das Gesetz nicht zu unterzeichnen.

Es stelle sich nun die Frage, wie das neue Gesetz angewandt werde und ob diese Anwendung Artikel 28 der Russischen Verfassung verletze: „Jedem wird die Gewissensfreiheit und die Glaubensbekenntnisfreiheit garantiert einschließlich des Rechts, sich allein oder gemeinsam mit anderen zu einer beliebigen Religion zu bekennen oder sich zu keiner zu bekennen, religiöse und andere Überzeugungen frei zu wählen, zu haben und zu verbreiten sowie nach ihnen zu handeln.“ (Übersetzung: Lehrstuhl Prof. Dr. Martin Fincke, Passau)

Zusammenarbeit protestantischer Kirchen

Laut der Stellungnahme der adventistischen Kirchenleitung würden lokale Kirchenleiter unverzüglich Kontakt mit den zuständigen örtlichen Behörden suchen, um Bedenken bezüglich

der Verletzung verfassungsmäßiger Rechte von Kirchenmitgliedern anzusprechen und gemeinsam mit ihnen nach Lösungen zu suchen. „Wenn die verfassungsmäßigen Rechte der Gläubigen verletzt werden, wird die Kirchenleitung jede erdenkliche Hilfe und Unterstützung bieten“, so die ESD-Kirchenleitung.

Die adventistische Kirchenleitung in Russland werde gemeinsam mit anderen protestantischen Kirchen zusammenarbeiten, um mögliche Verletzungen der Verfassung zu verhindern. Sie rief dazu auf, für Putin und Russland zu beten: „Wir beten weiterhin für den russischen Präsidenten als Garant der verfassungsmäßigen Rechte russischer Bürger. Wir bitten, weiter um die Verhinderung jeglicher Verletzung der Rechte und Freiheiten der Gläubigen in unserem Land zu beten, als auch für die Behörden, die für die Einhaltung der Gesetze verantwortlich sind.“

Gebiet der Eurasischen Kirchenleitung der Adventisten umfasst elf Zeitzonen

Die Weltkirchenleitung der mehr als 19 Millionen Siebentags-Adventisten hat global dreizehn teilkontinentale Kirchenleitungen. Mitgliedermäßig ist die Eurasische Kirchenleitung ESD, mit Sitz in Moskau/Russland, die zweitkleinste der dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen, gebietsmäßig ist sie aber riesig. Es gehören dreizehn Länder zu ihrem Gebiet, das elf Zeitzonen umfasst. Im Wesentlichen gehören zur ESD-Kirchenleitung Staaten der ehemaligen Sowjetunion mit Moldawien, Weißrussland und der Ukraine im Westen bis in die Gebiete des äußersten Ostens Russlands, am Beringmeer.

In diesen dreizehn Ländern mit 280 Millionen Einwohnern gibt es rund 2.000 adventistische Kirchgemeinden. Im Gebiet der ESD-Kirchenleitung gibt es 140.000 erwachsen getaufte Adventisten, 45 Prozent davon leben in der Ukraine. In Tula/Russland betreiben die Adventisten die „Zaoksky Adventist University“, ungefähr 120 Kilometer südlich von Moskau.

Adventisten in München gedenken der Opfer des Amoklaufs

Die adventistische Kirchengemeinde München-Waldfrieden hat aufgrund der Bluttat ihr für den 24. Juli geplantes Jubiläumsfest zum 5-jährigen Bestehen des Familien- und Gemeindezentrums abgesagt. Stattdessen lud die Gemeinde zu einem Gedenkgottesdienst für die Opfer des Amoklaufs ein.

Pastor Miodrag Jovanovic rief in seiner Ansprache während des Gottesdienstes dazu auf, die Menschen trotz allem Bösen in der Welt nicht aufzugeben. Positiv hob Jovanovic den Einsatz der Polizei und vieler sich solidarisch zeigender Bürger hervor. Wir bräuchten ein Weltbild, das uns helfe, solche Ereignisse einzuordnen, sagte Jovanovic. Ausgehend von der Friedenszusage Jesu an seine Jünger im Johannesevangelium, Kapitel 16, Verse 29 bis 33, forderte Jovanovic die Zuhörer auf, „Boten des Trostes und der Zuversicht“ zu sein.

„Als Adventisten in Bayern wurden wir von der Bluttat des gestrigen Abends genauso überrascht wie alle anderen Bürger in München“, teilte der Präsident der regionalen adventistischen Kirchenleitung in Bayern, Pastor Wolfgang Dorn, am Tag nach dem Amoklauf mit. Die Tragik und das ausgelöste Leid für die Hinterbliebenen der Opfer seien nur schwer zu ermessen. „Bayern wird damit zum zweiten Mal innerhalb einer Woche Opfer eines Amoklaufs. Wir sind besorgt über die Entwicklung von Gewalt und Terror in unserem Land. Als Adventgläubige möchten

wir durch unsere Gemeinden beitragen, dass vor allem Gotteshäuser ‚Zufluchtsorte‘ für Schwache und Leidende sind. Unsere Kirchen sollen ein ‚sicherer Ort‘ sein und Menschen Schutz und Geborgenheit in einer von Sünde und Leid betroffenen Welt bieten“, so Dorn.

„Jedes Kamel kennt ADRA“

Das pazifische Klimaphänomen El Niño habe die Dürre zurück nach Afrika gebracht, schreibt Jana Sepehr vom ZDF. In einem Beitrag zu den Auswirkungen von Dürreperioden in Somalia kommt Frank Brenda, Abteilungsleiter der Nothilfe von ADRA Deutschland, ausführlich zu Wort: „Wenn es in der Regenzeit trocken bleibt, reihen sich Trockenzeiten aneinander – das bringt Tiere und Menschen in eine lebensbedrohliche Situation.“

Brunnen von ADRA

In den 90er Jahren habe ADRA in Somalia fast 150 Brunnen gebaut. „Jedes Kamel kennt ADRA, lautete ein Gerücht, das man sich in Somalia erzählte“, so Brenda. Denn die zahlreichen Brunnen seien mit dem Namen der Organisation versehen worden. So seien die Nomaden des Landes mit ihren Tieren von Wasserstelle zu Wasserstelle gesteuert. Noch immer lebten mehr als die Hälfte der Menschen in Somalia als Nomaden oder Halbnomaden. Die meisten Nomaden seien Hirten, sie lebten mit und von dem Vieh. Die Tiere seien ihr Kapital: „Die Kamele sind die Anlage, die Ziegen das Kleingeld“, teilte Brenda mit. Das Viehsterben infolge von Dürren bedrohe die Existenz der Menschen.

Nothilfe und Bildungsprojekte

Internationale Nothilfeprogramme könnten in diesen Zeiten Menschenleben retten und Lebensgrundlagen kurzfristig sichern. Zwar klinge es nicht nach moderner, nachhaltiger Entwicklungshilfe, wenn Tanklaster in die Dörfer rollen und Nahrungsmittel verteilt werden müssen. Doch es sei keine Option, auf die akute Hilfe zu verzichten, sagte Brenda: „Wir müssen beide Wege gehen: Die häufigen Dürren machen eine Soforthilfe notwendig. Parallel wollen wir mit verbesserten landwirtschaftlichen Anbaumethoden und Bildungsprojekten präventiv helfen.“ Denn langfristig könne die Entwicklung nur über Bildung funktionieren.

ADRA Deutschland

ADRA Deutschland e.V. wurde 1987 von der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland gegründet. Getreu dem Motto „Damit Menschen wieder hoffen können“ arbeitet ADRA Deutschland als Mitglied eines weltweiten Netzwerks mit 140 nationalen Büros (Stand: 1.1.2015) daran, dass Armut und Unterdrückung in den ärmeren Teilen dieser Erde Einhalt geboten wird.

„Zu viel Sicherheit, zu wenig Frieden“

Verantwortungsvolle Politik nur mit ethischer Orientierung

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung des Grundlagendokumentes der Bundesregierung sei ebenso passend wie herausfordernd, stellten Brahms und Rink fest. Konflikte und Kriege prägten

die direkte Nachbarschaft Europas und drohten auf Europa selbst überzugreifen. Die Bedrohung für den Frieden wachse. Ziele und Mittel, Möglichkeiten und Grenzen des außen- und sicherheitspolitischen Handelns benötigten eine Neuausrichtung. Zu einer verantwortungsbewussten und nachhaltig an Frieden und Gerechtigkeit, menschlicher Sicherheit und Entwicklung ausgerichteten Politik gehöre jedoch auch eine ethische Orientierung, so der Friedensbeauftragte und der Militärbischof in ihrer gemeinsamen Reaktion.

Militärische Gewalt ein Zeichen des Versagens der Politik

Im „Weißbuch“ seien durchaus Grundeinsichten evangelischer Ethik, etwa in der Orientierung an der internationalen Rechtsordnung und der Ausrichtung auf nachhaltige Entwicklung, zur Kenntnis genommen worden. Es nenne menschliche Sicherheit und Entwicklung als prioritäre Ziele des politischen Handelns. Krisenfrüherkennung, Konfliktprävention und zivile Konflikttransformation seien vorrangige Instrumente dieser Politik. Doch das „Weißbuch“ konzentriere sich beim Thema Sicherheit und Konfliktprävention ganz auf den Beitrag der Bundeswehr. So entstehe der Eindruck, dass die eigentlich vorrangigen nichtmilitärischen Instrumente nicht in gleicher Weise in den Blick genommen würden. „Auffällig ist, dass der Leitbegriff des Friedens im Weißbuch weitgehend fehlt“, monierten Rink und Brahms. „Wir fragen, ob Sicherheitspolitik ohne die orientierende Kraft einer positiven Vision wie derjenigen des Gerechten Friedens überhaupt möglich ist.“ Als Zusammenhang von Frieden und Recht, Gerechtigkeit und Sicherheit sei dieser der entscheidende und orientierende Grundbegriff des sicherheitspolitischen Feldes.

Im „Weißbuch“ fehle zudem die deutliche Aussage, dass die Androhung und Ausübung militärischer Gewalt stets nur die „äußerste Möglichkeit“ sein könne. „Der Einsatz militärischer Gewalt ist immer ein Zeichen des Versagens politischen Handelns“, erinnerten der Militärbischof und der

Friedensbeauftragte. „Es fehlen klare und orientierungsfähige Kriterien, wann und in welchen Fällen die Androhung und Anwendung militärischer Gewalt als ultima ratio gerechtfertigt ist.“

EKD will sich noch intensiver mit dem „Weißbuch“ befassen

Positiv bewerteten die beiden Kirchenvertreter „die Breite der Analyse und die Weite des Horizonts“ des Weißbuch-Prozesses. Als Ergebnis eines breit angelegten Beteiligungsprozesses biete das „Weißbuch“ eine Zusammenfassung vielfältiger Perspektiven. Rink und Brahm kündigten an, dass die evangelische Kirche sich mit kritischen und solidarischen Fragen an der weiteren Debatte beteiligen werde. Mit einer ausführlichen Stellungnahme der EKD zum „Weißbuch“ sei im Frühherbst zu rechnen.

Die gemeinsame Reaktion des Militärbischofs und des Friedensbeauftragten steht als Download unter www.ekd.de/EKD-Texte/weitere_texte.htm zur Verfügung.

„Suizidprävention – Damit das Leben weitergeht“

Wie aus der Broschüre hervorgeht, habe die „TelefonSeelsorge“ in Deutschland im Jahr 2015 etwa 56.000 Gespräche entgegengenommen, in denen Menschen von Suizid, suizidalen Absichten oder Erfahrungen sprachen. In rund 60 Prozent dieser Gespräche sei mit Anrufenden wiederholt gesprochen worden. Die Telefonseelsorge erlebe dabei, wie eng Suizidalität mit fehlenden sozialen Kontakten und Erfahrungen von

Ausgeschlossensein verbunden wären. Der größte Anteil der Anrufenden lebe allein (72 Prozent), etwa die Hälfte der Anrufe komme von Menschen, die entweder erwerbsunfähig (31 Prozent) oder arbeitslos (19 Prozent) seien. In 55 Prozent der Gespräche würden die Anrufenden eine diagnostizierte psychische Erkrankung benennen.

Über 100.000 Suizidversuche jedes Jahr in Deutschland

Etwa 10.000 Menschen nehmen sich jährlich in Deutschland das Leben, so die Broschüre. Schätzungsweise sechs Personen seien statistisch gesehen vom Suizid eines Angehörigen betroffen – also mehr als 60.000 Menschen. In allen Altersgruppen wären es erheblich mehr Männer als Frauen, die sich das Leben nehmen. Mit dem Alter steige die Suizidzahl bei Männern im Alter bis zu 69 Jahren von durchschnittlich 16 (pro 100.000 Einwohnern) auf 51 bei den über 70-jährigen. Weit über 100.000 Menschen begingen in Deutschland jährlich einen Suizidversuch.

„Wir tragen für das Leben gemeinsam Verantwortung“

Der Vorsitzende der römisch-katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm, schreiben im gemeinsamen Vorwort: „Als Christen glauben wir, dass das menschliche Leben ein kostbares Geschenk Gottes, unseres Schöpfers ist, für das wir gemeinsam Verantwortung tragen.“ Die acht Thesen zur Prävention von Suizid wiesen auf die Begründung dieses Engagements und die Bedeutung der mitmenschlichen Hilfe der „TelefonSeelsorge“ hin. „Sie machen deutlich und nachvollziehbar, warum uns als Christen das Engagement zur Prävention von Suizid ein besonderes Anliegen ist“, so Kardinal Marx und Landesbischof Bedford-Strohm. In knapper Form umschrieben die Thesen „ein Ethos, das das Geschenk des menschlichen Lebens bejaht, aber auch die Verletzlichkeit und Hilfsbedürftigkeit des Menschen einbezieht.“

Die Broschüre „Suizidprävention – Damit das Leben weitergeht“

kann als Download unter www.ekd.de/download/suizidpraevention_damit_das_leben_weitergeht.pdf abgerufen werden.

Reger Zufluss bei Adventisten: weltweit 1,26 Millionen neue Mitglieder im Jahr 2015

Der Nettozuwachs an neuen Mitgliedern, nach Abzug der Austritte und Todesfälle, habe im Jahr 2015 rund 3,5 Prozent oder 647,144 Personen betragen, so der Historiker Trim. Dieser Zuwachs sei zustande gekommen obwohl die Kirche global eine umfassende Überprüfung der Mitgliederzahlen durchführe, um sicherzustellen, dass die Statistiken die effektive Zahl der Mitglieder reflektiere, teilte die nordamerikanische Kirchenzeitschrift Adventist Review mit.

Zuwachs von 3.452 Mitgliedern pro Tag im Jahr 2015

Laut David Trim seien weltweit im Jahr 2015 durchschnittlich 144 Personen pro Stunde der Kirche beigetreten oder 3.452 pro Tag.

Mitgliederentwicklung weltweit sehr unterschiedlich

Rund zwei Drittel des Mitgliederwachstums im Jahr 2015 stamme von drei der weltweit dreizehn teilkontinentalen Kirchenleitungen der Adventisten: 274.011 aus dem Gebiet der Ost-Zentralafrikanischen Kirchenleitung (ECD); 270.664 von der Kirchenleitung aus dem Gebiet südliches Afrika und Indischer

Ozean (SID) und 254.768 neue Mitglieder aus dem Bereich der Südamerikanischen Kirchenleitung (SAD).

In westlich geprägten, säkularisierten Ländern gibt es meist nur ein leichtes Mitgliederwachstum, Stagnation oder gar eine Abnahme der Mitgliederzahl. In Europa sind die Mitgliederzahlen stagnierend oder nur geringfügig steigend. In Deutschland gibt es rund 35.000 Adventisten, in der Schweiz 4.500 und in Österreich 4.100.

Der 101-seitige statistische Jahresbericht 2016 ist die 152. Ausgabe und enthält die weltweite Mitgliederstatistik der Siebenten-Tags-Adventisten zum Ende des Jahres 2015, sowie die Berichte über die Institutionen, Finanzen und das Personal mit Stand von Dezember 2014.

Der statistische Jahresbericht 2016 ist verfügbar unter:
<http://documents.adventistarchives.org/Statistics/ASR/ASR2016.pdf>

Ellen G. White- Forschungszentrum am Seminar Schloss Bogenhofen eröffnet

Der 16. Juli markiert auf den Tag genau den 101sten Todestag von Ellen G. White, geb. Harmon, teilte der Dekan des Theologischen Seminars Schloss Bogenhofen, Dr. Frank Hasel, mit. Sie sei eine der bedeutendsten Gründungspersonen der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten und 2015 im „Smithsonian

Magazine“ als eine der 100 einflussreichsten amerikanischen Personen aller Zeiten bezeichnet worden. Außerdem wäre Ellen White die meistübersetzte Autorin der Literaturgeschichte und der häufigste übersetzte amerikanische Autor beiderlei Geschlechts, so Hasel. Ihr Buch „Der bessere Weg“ (Originaltitel „Steps to Christ“) etwa liegt in über 135 Sprachen vor. In ihrem arbeitsreichen Leben habe sie mehr als 5.000 Zeitschriftenartikel und 40 Bücher geschrieben.

Literarisches Werk und Bedeutung

Heute gebe es mehr als 100 Bücher von Ellen G. White, die als Zusammenstellungen aus ihren über 50.000 Manuskriptseiten entstanden sind. Während ihres 70-jährigen Wirkens habe sie etwa „2.000 Visionen und Träume von Gott erhalten“, teilte der Dekan mit. Hasel betonte: „Siebenten-Tags Adventisten betrachten Ellen G. White als eine Botin Gottes und schätzen ihre Ratschläge, aber ihre Schriften sind kein Ersatz für die Bibel. Vielmehr ist für Adventisten die Bibel allein die unfehlbare Offenbarung von Gottes Willen“.

Neben seltenen Büchern, Zeitschriften und anderen Gegenständen aus der Gründungszeit der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in den USA und in Europa fänden sich im Bestand des Research Centers in Bogenhofen auch Kopien von mehr als 50.000 Manuskriptseiten von Ellen White, eine wichtige Dokumentensammlung und eine umfangreiche Micro-Film-Sammlung mit seltener Literatur der Miller-Bewegung, aus der heraus die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten entstanden ist.

Besonderheiten im Forschungszentrum

Frank Hasel wies darauf hin, dass heute alle Schriften der Mitbegründerin der Freikirche auch online zugänglich sind unter <https://egwwritings.org/> und www.whiteestate.org. Im Bestand des Ellen G. White Research Centers in Bogenhofen fänden sich jedoch Kopien der Originale mit ihren handschriftlichen Anmerkungen zu den maschinengeschriebenen Briefen und Manuskripten, die so in elektronischer Form nicht vorhanden sind. Für grundlegende wissenschaftliche

Forschungsarbeiten sei dies ein unverzichtbarer Fundus. Leiter des Ellen G. White Research Centers in Bogenhofen ist Markus Kutzschbach.

Insgesamt ist das Ellen G. White Research Center in Bogenhofen das zwanzigste seiner Art weltweit. In Europa finden sich weitere Forschungszentren am Campus Adventist du Salève, Frankreich, am Newbold College, England, und am Zaoksky Theological Seminary, Russland.

Seminar Schloss Bogenhofen

Das Seminar Schloss Bogenhofen bietet seit 1949 für die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich und der deutschsprachigen Schweiz eine Pastorenausbildung an und ist damit eine der ältesten freikirchlichen theologischen Ausbildungsstätten in Österreich. Neben dem Theologischen Seminar befinden sich auf dem parkähnlichen Schulgelände ein staatlich anerkanntes Gymnasium mit Internat, ein Sprachinstitut für Deutsch als Fremdsprache und die „Plant-Academy“ zur praxisorientierten Ausbildung für missionarische Tätigkeiten.

Moskauer Patriarchat: „Konzil von Kreta“ hatte keinen „panorthodoxen Charakter“

In der Erklärung des Moskauer Heiligen Synods wird daran erinnert, dass das „Konsens-Prinzip“ die Basis der panorthodoxen Zusammenarbeit während des ganzen synodalen

Prozesses gewesen sei. Die Abhaltung des Konzils in Abwesenheit von vier autokephalen Kirchen (Bulgarien, Antiochien, Georgien, Moskau) habe dieses Prinzip verletzt. Der Moskauer Heilige Synod zitiert ausdrücklich die Haltung des Heiligen Synods von Antiochien in dessen Sitzung vom 27. Juni, dass wegen der Verletzung des „Konsens-Prinzips“ die „Versammlung auf Kreta nur als vorbereitendes Treffen für ein Pan-orthodoxes Konzil gelten kann und die dort beschlossenen Dokumente nur als vorläufig und nach wie vor offen für die Diskussion durch ein Konzil unter Beteiligung aller autokephalen orthodoxen Kirchen betrachtet werden müssen“.

Die synodale biblisch-theologische Kommission des Moskauer Patriarchats wurde beauftragt, die Dokumente des „Konzils von Kreta“ – sobald die offiziell beglaubigten Abschriften eingetroffen seien – zu veröffentlichen und zu studieren. Dabei sollen – „soweit es möglich ist“ – Reaktionen und Kommentare von Bischöfen, Theologen, Klerikern, Mönchen und Laien einbezogen werden. Außerdem soll eine umfassende Studie dem Heiligen Synod vorgelegt werden.

In der Moskauer Erklärung wird daran erinnert, dass sich der Heilige Synod der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) am 13. Juni im Hinblick auf die Absage der Kirchen von Bulgarien, Antiochien und Georgien für eine Verschiebung des Konzils auf Kreta ausgesprochen hatte. Zugleich wird der Brief des Moskauer Patriarchen vom 16. Juni an die Oberhäupter der auf Kreta versammelten Kirchen und ihre Delegationen zitiert, in dem Kyrill I. seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht hatte, dass die Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen autokephalen Kirchen über die Vorbereitung des Heiligen und Großen Konzils nicht zu einem „Faktor der Spaltung und Schwächung der Einheit der orthodoxen Kirche“ werden dürfen.

Adventistische Kirchenleiter verurteilen Axt-Angriff in Regionalzug

Die Nachricht über den Angriff auf unschuldige Personen in einem Regionalzug bei Würzburg habe ihn betroffen gemacht, sagte Pastor Wolfgang Dorn, Präsident der regionalen Kirchenleitung der Adventisten in Bayern (München). „Wir verurteilen Gewalt jeglicher Art, die mittlerweile unvorstellbare Ausmaße annimmt“, so Pastor Jochen Streit, Generalsekretär der überregionalen adventistischen Kirchenleitung in Süddeutschland (Ostfildern bei Stuttgart). „Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt den Opfern dieser Attacke. Wir beten für die baldige Genesung aller Verletzten“, teilten die Kirchenleiter mit. Die Freikirche der Siebententags-Adventisten setzt sich weltweit für ein friedliches Zusammenleben aller Menschen ein.

Zahl der Christen in Deutschland rückläufig

Nur noch wenig Interesse am Gottesdienst bei Evangelischen

Zum Stichtag 31.12.2015 gehörten insgesamt 22.271.927 Menschen einer der 20 evangelischen Gliedkirchen der EKD in Deutschland

an. Das sind rund 360.000 Mitglieder weniger als 2014. Die Zahl der Austritte aus der evangelischen Kirche ging im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um rund 22 Prozent auf 210.000 zurück. Im selben Zeitraum gab es bundesweit rund 175.000 evangelische Taufen und 25.000 Aufnahmen. Die gegenüber dem Vorjahr rückläufige Mitgliederzahl sei nicht zuletzt auch auf den demographischen Wandel in Deutschland zurückzuführen, so die EKD. Im Jahr 2015 verstarben rund 350.000 Angehörige der evangelischen Kirche. Den Sonntagsgottesdienst besuchen nur noch 3,3 Prozent der Kirchenmitglieder regelmäßig. Am Karfreitag sind es 4,1 Prozent, am Erntedankfest 7,3 Prozent und an Heiligabend 36,5 Prozent.

Die Broschüre „Evangelische Kirche in Deutschland – Zahlen und Fakten zum kirchlichen Leben“, Ausgabe 2016, kann im Internet heruntergeladen werden unter: http://www.ekd.de/download/zahlen_und_fakten_2016.pdf

Mitgliederverlust bei Katholiken

Auch die römisch-katholische Kirche erlitt im letzten Jahr einen Mitgliederverlust von rund 167.000 Gläubigen. Die 27 deutschen Diözesen und die Deutsche Bischofskonferenz verzeichnen in ihrer aktuellen Kirchenstatistik für das Jahr 2015 jetzt 23.761.806 Kirchenmitglieder. Die Zahl der Kirchengaustritte sank 2015 auf 181.925 (2014: 217.716). Den Austritten und 254.260 Bestattungen standen im letzten Jahr 167.226 Taufen, 2.685 Eintritte (wovon 2.269 Protestanten waren) und 6.474 Wiederaufnahmen in die katholische Kirche gegenüber. Nur noch 10,4 Prozent der Katholiken besuchen regelmäßig den Sonntagsgottesdienst.

Der Flyer „Katholische Kirche in Deutschland – Statistische Daten 2015“ (Eckdaten) ist im Internet unter www.dbk.de in der Rubrik „Zahlen und Fakten“ verfügbar.

Neuer Leiter für Seminar Schloss Bogenhofen ab Sommer 2017

Ab September 2017 wird Dr. Dr. René Gehring (34) die Nachfolge von Dr. Christoph Berger (49) als Direktor am Seminar Schloss Bogenhofen bei St. Peter am Hart/Oberösterreich antreten. Dies teilte die Freikirchenleitung der Deutschschweizer Siebententags-Adventisten mit. Gehring hat als Pastor bereits in Bogenhofen gearbeitet und wird im kommenden Studienjahr 2016/2017 als Dozent am Theologischen Seminar unterrichten und dann als Direktor die Weiterentwicklung der Schule begleiten. Berger gibt die Schulleitung aus persönlichen familiären Gründen ab.

Werdegang

René Gehring hat am Seminar Schloss Bogenhofen Theologie studiert. Er promovierte im Jahr 2009 in Geschichte an der Universität Salzburg und im Jahr 2011 in Theologie am Avondale College, Australien. Gehring hat vier Jahre als Pastor im Raum Kassel gearbeitet sowie zwei Jahre im Bezirk Braunau und Ried in Oberösterreich. Gehring ist Deutscher, verheiratet und hat drei Kinder.

Seminar Schloss Bogenhofen

Die 2.520 Deutschschweizer Adventisten unterhalten das Seminar Schloss Bogenhofen gemeinsam mit den 4.135 Adventisten in Österreich. Die 1949 gegründete Einrichtung dient beiden Trägern als Ausbildungsstätte für Pastoren und Pastorinnen. Das Seminar Schloss Bogenhofen führt als Bildungszentrum auch ein Oberstufenrealgymnasium mit staatlich anerkannter Reifeprüfung (Matura/Abitur). Weitere Informationen:

Adventisten verurteilen Attacke in Nizza als „abscheuliche Gewalttat“

Abscheuliche Gewalttat

Die Nachricht über den Angriff auf unschuldige Personen in Nizza vom 14. Juli habe er „mit tiefer Trauer und Verwunderung“ erhalten, sagte Pastor Mario Brito (Bern), Kirchenleiter der Adventisten in West- und Südeuropa (Intereuropäische Division, EUD). „Wir verurteilen [...] diese Handlung, in der sich eine völlige Missachtung von menschlichem Leben manifestiert und die das Potenzial hat, Hass sowie unerwünschte Spannungen zu erzeugen“, so Brito. „Unser tief empfundenes Mitgefühl“ gelte den Opfern dieser abscheulichen Gewalttat sowie allen ihren Lieben. Brito weiter: Wir „beten um die baldige Wiederherstellung all jener, die von dieser ungerechtfertigten Gewalttat betroffen worden sind.“

Diese Tragödie habe ihn geschockt, sagte Pastor Ruben de Abreu (Paris), Kirchenleiter der Adventisten in Frankreich, Belgien und Luxemburg (Union des Fédérations Adventistes de France, de Belgique et du Luxembourg, UFA). Es sei jetzt für die in Nizza lebenden Adventisten eine Gelegenheit, ihre Solidarität durch Blutspenden auszudrücken.

Pastor Ted C. Wilson, adventistischer Weltkirchenleiter,

ermutigte auf seiner Facebookseite, für jene Angehörigen zu beten, die Tote zu beklagen haben. „Unser Beileid gilt jenen, die durch dieses sinnlose Sterben traumatisiert worden sind“, schrieb Wilson.

Drei Mitglieder einer adventistischen Familie verletzt

Nach Informationen von EUD News wurden drei Mitglieder einer adventistischen Familie bei dieser Gewalttat verletzt. Sie seien im Krankenhaus behandelt worden und nicht in Lebensgefahr. In Solidarität mit der angeordneten dreitägigen Staatstrauer lade die regionale adventistische Kirchenleitung in Südfrankreich alle Kirchgemeinden am kommenden Samstag zu einer Gedenkminute im Gottesdienst ein.

„Die Arbeit mit ADRA hat mir wieder Würde gegeben“

Der sogenannte „Islamische Staat“ habe im Irak viele Menschen in die Flucht getrieben, schreibt die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Schweiz. Das UNO-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR rechne mit 3,2 Millionen Binnenvertriebenen im Irak, ungefähr die Hälfte davon habe im kurdischen Teil, im Norden des Landes Schutz gesucht.

Mit dem kürzlich abgeschlossenen Projekt im Baharka Camp, in der Nähe von Erbil, habe ADRA Kurdistan das Ziel verfolgt, die Widerstandsfähigkeit der Erwachsenen zu erhöhen und den Kindern Bildungsmöglichkeiten sowie andere Aktivitäten anzubieten.

ADRA Kurdistan sei mit dem Projekt sehr zufrieden, weil anstatt 30 Personen regelmässig über 90 am Sprachunterricht für Kurdisch teilgenommen hätten. Auch zu den Informationsveranstaltungen zu Hygiene, den Gefahren von Alkohol- und Drogenmissbrauch oder der Wichtigkeit von Bildung seien jeweils doppelt so viele Personen erschienen als geplant.

An der von ADRA Kurdistan unterhaltenen inoffiziellen Schule im Camp seien vier Lehrpersonen angestellt und bezahlt worden, darunter auch zwei Lehrerinnen aus Mossul. „Die Arbeit mit ADRA hat mir wieder Würde gegeben“, sagte Mirna. Nour, die zweite Lehrerin, berichtete, dass sie aufgrund des Lohns jene Medizin habe kaufen können, welche ihr an Leukämie erkrankter vierjähriger Sohn dringend brauche.

ADRA Kurdistan werde ein Nachfolgeprojekt im Camp anbieten, welches von ADRA Schweiz ebenfalls unterstützt werde, so das Schweizer Hilfswerk.

Planung für erste adventistische Kirche für Gehörlose in Jamaika

Adrian Cotterell, Leiter der Abteilung für Menschen mit speziellen Bedürfnissen der adventistischen Kirchenleitung in Jamaika, informierte am 9. Juli, während eines Gottesdienstes zum Tag der Gehörlosen und Hörbehinderten, über die geplante Kirchengründung Anfang Oktober. Kommunikationsprobleme

erschwerten es den Gehörlosen, sich so ins kirchliche Leben einzubringen, wie sie sich dies wünschten, so Cotterell.

„Wir wünschen, dass sie mit Stolz, Würde und Selbstwert leben können“, sagte Shahine Robinson, Ministerin für Arbeit und soziale Sicherung der jamaikanischen Regierung. Laut AR haben Regierungsvertreter gemeinsam mit Mitarbeitern von Nichtregierungsorganisationen am Gottesdienst zur Unterstützung der Initiative teilgenommen.

Jeff Jordan, gehörloser Pastor aus den USA, predigte mittels Gebärdensprache und einem Übersetzer. Gott schätze Gehörlose, so Jordan. Hörende und Gehörlose seien gleichermassen eingeladen sich für Jesus zu entscheiden.

Nach Angaben der Gehörlosenvereinigung gibt es in Jamaika bei 2,7 Millionen Einwohnern über 30.000 Personen mit Beeinträchtigungen des Gehörs unterschiedlichen Grades.

Adventisten in Jamaika

Zur Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten gehören in Jamaika 294.894 Personen. Sie feiern jeweils am Samstag, dem biblischen Ruhetag, in 686 Kirchengemeinden ihren Gottesdienst. Sie unterhalten eine Universität, ein Gymnasium, ein Krankenhaus sowie eine Zahnklinik.

**Südsudan: 1.500 Flüchtlinge
suchen Zuflucht auf ADRA-**

GeLände

Bei den meisten Flüchtlingen handle es sich um Frauen, Kinder und ältere Leute aus den umliegenden Kommunen. Sie seien im Kirchengebäude, in den Klassenzimmern der adventistischen Schule sowie den überdachten Terrassen auf dem Grundstück der Siebenten-Tags-Adventisten sowie des Hilfswerks ADRA in der Hauptstadt Juba einquartiert worden. Obwohl die Räumlichkeiten bereits jetzt voll ausgelastet wären, machten es anhaltende schwere Regenfälle sowie die andauernde Gewalt sehr wahrscheinlich, dass noch mehr Menschen dort Schutz suchen würden.

ADRA konzentriere sich auf Nothilfemaßnahmen in den Bereichen Nahrungsmittelhilfe, Notunterkünfte, Trinkwasser und Hygiene für die Bedürftigen auf dem Gelände, so das Hilfswerk.

Evangelische und katholische Kirche nehmen zur Situation von Christen in Asylbewerberunterkünften Stellung

Marx und Bedford-Strohm erinnerten daran, dass es seit Herbst 2015 vermehrt Berichte über religiös motivierte Konflikte in Asylbewerberunterkünften gebe. Dabei sei es um Anfeindungen

und Übergriffen bis hin zu Morddrohungen gegangen. Die geschilderten Vorfälle bezögen sich meist auf Täter muslimischen und Opfer christlichen oder jesidischen Glaubens. Asylbewerber, die vom Islam zum Christentum konvertierten, wären besonders häufig als Betroffene genannt worden.

Befragungen zur Situation christlicher Asylbewerber

Die beiden großen Kirchen hätten diese Berichte von Beginn an sehr ernst genommen und schon während der letzten Monate mehrfach öffentlich auf Missstände hingewiesen. Aus den Medienberichten habe sich bislang kein klares Bild über das Ausmaß von Konflikten in deutschen Asylbewerberunterkünften ergeben, bei denen Religion eine Rolle spiele. Auch an der allgemeinen Aussagekraft einer Anfang Mai 2016 von verschiedenen christlichen Menschenrechtsorganisationen vorgelegten Erhebung zu religiös motivierten Übergriffen gegen christliche Flüchtlinge beständen „erhebliche Zweifel“.

Um einen besseren Überblick über die Faktenlage zu gewinnen, hätten die Diözesen, Landeskirchen und kirchlichen Einrichtungen in Deutschland in den letzten Monaten Befragungen zur Situation christlicher Asylbewerber in Unterkünften durchgeführt. Auch habe das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz eine Expertenanhörung zu dem Thema abgehalten. Die bislang gewonnenen Erkenntnisse würden zu einer differenzierten Betrachtung führen.

„Jeder Fall ist ein Fall zu viel“

„Eine flächendeckende und systematische Diskriminierung von Christen und anderen religiösen Minderheiten in Asylbewerberunterkünften ist nicht festzustellen“, sagten die beiden Vorsitzenden. Vielerorts gelinge das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Religionen und Kulturen. Nicht jede Auseinandersetzung zwischen Menschen unterschiedlicher Religionszugehörigkeit könne auf einen religiös motivierten Konflikt zurückgeführt werden. Dennoch gebe es auch Berichte, wonach Christen und andere religiöse Minderheiten aufgrund ihrer Religionszugehörigkeit Ablehnung, Einschüchterung,

Benachteiligung oder sogar Gewalt erfahren. „Niemand, die staatlichen Stellen eingeschlossen, ist in der Lage, genaue Zahlen vorzulegen.“ Aber selbst wenn derartige Vorfälle nach derzeitigem Erkenntnisstand vergleichsweise selten seien, dürften sie keinesfalls bagatellisiert werden. Wie immer, wenn die Würde des Menschen verletzt werde, gelte auch hier: „Jeder Fall ist ein Fall zu viel“.

Übergriffe auf Konvertiten

In einer speziellen Situation befänden sich Asylbewerber, die vom Islam zum Christentum übergetreten seien, so Marx und Bedford-Strohm. Hier werde vergleichsweise häufig von körperlichen Übergriffen und der Schmähung religiöser Symbole bis hin zu Morddrohungen berichtet. In islamisch geprägten Ländern wären Konvertiten oft staatlicher Verfolgung oder gesellschaftlicher Ächtung ausgesetzt. Bei nicht wenigen Asylbewerbern dürfte die in ihren Herkunftsländern geläufige Vorstellung, dass Personen, die vom Islam zum Christentum übertreten, sich eines schweren Vergehens schuldig machten, auch nach ihrer Flucht nach Deutschland fortbestehen. Erschwerend käme hinzu, dass Konvertiten bisweilen auch bei muslimischen Sicherheitskräften und Dolmetschern auf deutliche Ablehnung stießen.

Bei der Befragung unter den Diözesen sei berichtet worden, dass etliche christliche Asylbewerber Angst hätten, sich in Unterbringungseinrichtungen offen zu ihrem Glauben zu bekennen – und zwar unabhängig davon, ob sie in Deutschland bereits Opfer von Diskriminierung wurden oder nicht. Vor allem Christen, die im Mittleren Osten aufgrund ihres Glaubens Bedrängung und Gewalt erfahren mussten, brächten eine große Angst vor religiös bedingter Verfolgung mit.

Schutz von Minderheiten an erster Stelle

Die Erfahrungen der kirchlichen Betreiber von Asylbewerberunterkünften verdeutlichten, dass eine getrennte Unterbringung von Menschen unterschiedlicher Religions- und Konfessionszugehörigkeit generell nicht zu empfehlen sei.

Vielmehr wäre anzustreben, dass in sämtlichen Unterbringungseinrichtungen die Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben geschaffen würden. Sollten allerdings einzelne Asylbewerber oder bestimmte Gruppen von Schutzsuchenden Übergriffen ausgesetzt sein, sodass eine Lösung nur zu Lasten der Opfer erfolgen könne, „kann eine getrennte Unterbringung eine sinnvolle Lösung sein“, unterstrichen Kardinal Marx und Landesbischof Bedford-Strohm. An erster Stelle müssten stets der Schutz von Minderheiten und die Vermeidung menschlichen Leids stehen.

Beide wiesen darauf hin, dass hohe Qualitätsstandards in der Unterbringung und Betreuung die Situation aller Asylbewerber verbesserten und auch den verletzlichen Gruppen dienten. Neben religiösen Minderheiten seien dies etwa allein reisende Frauen, Kinder, Homosexuelle und Menschen mit Traumata. Bei der Weiterentwicklung der Standards in Unterbringungseinrichtungen gelte es die Erfahrungen all jener Einrichtungen zu berücksichtigen, in denen sich das Zusammenleben bereits heute weitgehend friedlich gestalte.

Auch die Mittel des Strafrechts einsetzen

Die Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und der EKD betonten: Es sei wichtig, der großen Zahl von Menschen, die nach Deutschland kamen, „Gelegenheit zu geben, unter geordneten und möglichst günstigen Bedingungen den Weg in unsere Gesellschaft zu finden“. Dazu dienten auch die Vorschläge in der Stellungnahme von Reinhard Marx und Heinrich Bedford-Strohm; etwa ein professionelles Konflikt- und Beschwerdemanagement, eine adäquate psychosoziale Betreuung, sinnvolle Tätigkeit für Menschen in Asylbewerberunterkünften, Vermeidung von Diskriminierung von religiösen Minderheiten durch Sicherheitskräfte, Dolmetscher und Übersetzer mit anderem weltanschaulichen Hintergrund oder dafür Sorge zu tragen, dass Angehörige religiöser Minderheiten in einer Unterbringungseinrichtung nicht in einer allzu kleinen Gruppe vertreten sind. Dabei müsse der Staat „ganz

selbstverständlich“ auch mit den Mitteln des Strafrechts gegen jene vorgehen, die Menschen anderen Glaubens oder anderer Prägung missachteten und ihre elementaren Freiheiten verletzten, sei es in Asylbewerberunterkünften oder andernorts.

Die Erklärung von Kardinal Marx und Landesbischof Bedford-Strohm ist als pdf-Datei unter www.ekd.de verfügbar.

Zugunglück: Adventisten in Italien kondolieren und beten für Opfer

In der süditalienischen Region Apulien waren am 12. Juli zwei Bahnzüge auf einer einspurigen Strecke mit hoher Geschwindigkeit frontal kollidiert. Dabei wurden laut Medienberichten mindestens 27 Personen getötet und mehr als 50 verletzt.

„Unsere Gedanken sind bei den Betroffenen“, sagte Stefano Paris als er den Familien der Todesopfer kondolierte. „Wir trauern mit ihnen und bitten Gott, dass er ihnen Trost in dieser schwierigen Zeit geben möge“, so der adventistische Kirchenleiter. „Unsere Gebete begleiten die Verletzten, die in den Krankenhäusern leiden sowie deren Angehörige. Wir bitten Gott um körperliche Heilung aber auch darum, dass das Erlebte seelisch verarbeitet werden kann.“

Adventisten in Italien

In Italien, mit knapp 61 Millionen Einwohnern, leben 9.527 Adventisten, die in 111 Kirchengemeinden jeweils samstags Gottesdienst feiern. Sie unterhalten eine Hochschule, ein Alten- und Pflegeheim, zwei Gemeinschaftszentren, einen Verlag, drei Medienzentren sowie eine Fernseh- und zehn Radiostationen.

Ungewisse Zukunft des Protestantismus im Nahen Osten

Protestantismus im Nahen Osten noch sehr jung

Wie aus dem Bericht der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS), Stuttgart, ein Zusammenschluss von 23 Kirchen und fünf Missionsgesellschaften in Asien, Afrika, dem Nahen Osten und Europa, über die Konferenz hervorgeht, sei der Protestantismus im Nahen Osten noch sehr jung. Erst Mitte des 19. Jahrhunderts hätten evangelische Missionare aus den USA und Europa das reformatorische Gedankengut in die orientalischen Gesellschaften gebracht. Zudem gründeten sie Schulen sowie Universitäten und bauten Krankenhäuser. „Reformation bedeutet für uns ein großartiges Erbe, gerade im Hinblick auf die Errungenschaften im Bildungs- und Sozialbereich“, sagte George Sabra, der Präsident der NEST. „Doch was wird unser Beitrag in Zukunft sein?“

Den Blick auf das reformatorische Erbe richtete der Bischof der Evangelischen Kirche in Baden, Jochen Cornelius-Bundschuh, der den Einfluss von Religion in modernen Gesellschaften

analysierte. „Angesichts von religiösen Konflikten beten wir, dass wir durch die Macht der Gnade erneuert werden und zur gesellschaftlichen Transformation durch Versöhnung und Brückenbauen beitragen. Die Macht der Religion basiert nicht auf unserer erschöpflichen, menschlichen Kraft, sondern darauf, dass Gott vorausgehend ‚Ja‘ zu uns gesagt hat. Deswegen ist das Evangelium eine unerschöpfliche Kraftquelle“, betonte Cornelius-Bundschuh.

Evangelische Kirchen leiden unter Auswanderung

Die Frage nach der Zukunft des Protestantismus im Nahen Osten sei aktueller denn je. Die dortigen evangelischen Christen wären nur eine sehr kleine Minderheit und stark vom Phänomen der Emigration betroffen. Sie hätten in der Regel eine sehr gute Ausbildung und gute Kontakte in den Westen. Entsprechend leicht falle es ihnen, in einer westlichen Gesellschaft Fuß zu fassen. „Unsere historischen, theologischen und liturgischen Wurzeln liegen nicht im Orient, sondern im Westen“, sagte George Sabra, der die Beziehungen zum Westen zum einen als Segen bezeichnete. In der Fremdwahrnehmung durch nicht-evangelische Christen stelle dies aber manchmal ein Problem dar. „Viele fragen sich, ob wir nicht doch Westler oder gar Fremde hier sind. Und manche sehen in uns einen Fehler des Westens in der nahöstlichen Kirchengeschichte.“

Westlicher Import

Wie sehr die einheimischen katholischen, orthodoxen und altorientalischen Kirchen den aufkommenden Protestantismus im 19. Jahrhundert als westlichen Import wahrgenommen hätten, sei in den Beiträgen der nicht-protestantischen Redner deutlich geworden, so die EMS. „Die Missionare haben keine orientalischen neuen Kirchen gegründet, sie haben neue westliche Kirchen importiert, haben westliche Sprachen in ihre Liturgie übernommen“, sagte der maronitische Priester Gaby Hachem, der an der Université du Saint Esprit in Kaslik (Libanon) Theologie lehrt. Serj Boghos Tinkjian, stellvertretender Dekan des Armenisch-orthodoxen Seminars in

Bikfaya, wies darauf hin, dass die westlichen Missionare die einheimischen Kirchen als Missionsfeld betrachtet hätten. „Es wäre vermutlich besser gewesen, wenn der evangelistische Eifer sich darauf konzentriert hätte, die lokalen Kirchen zu reformieren und nicht neue zu gründen.“ Durch ihr Vorgehen hätten die Missionare zum Teil viel Zwietracht in der Gesellschaft und selbst in Familien gesät.

Dass die Missionare im 19. Jahrhundert nicht vorurteilsfrei den einheimischen Kirchen gegenüber aufgetreten seien, beschrieb der rum-orthodoxe Priester Rami Wannous. „Man machte sich lustig darüber, dass wir Ikonen küssen, beschuldigte uns der Bilderanbetung und verurteilte den Marienkult“, sagte er. „Für protestantische Missionare waren wir Orthodoxe der Grund, warum Muslime noch nicht zum Christentum gefunden hatten.“

Protestanten öffneten „neue Türen“ in der Theologie

Hachem, Tinkjian und Wannous machten laut EMS aber auch deutlich, dass die evangelische Mission auch positive Auswirkungen auf ihre Kirchen hatte. So seien beispielsweise in der rum-orthodoxen und der Armenisch-Apostolischen Orthodoxen Kirche die theologischen Diskussionen bereichert worden. Die zentrale Rolle, welche die Bibel für Protestanten spiele, oder die Betonung von Diakonie und Bildung hätten auch auf die armenische Kirche ausgestrahlt und „neue Türen in der Theologie geöffnet. Die Auseinandersetzung mit der Reformation hat unsere Kirche gestärkt“, sagte Tinkjian. Alle drei bezeichneten die heutige Aufsplitterung der wenigen Protestanten in viele verschiedene Gruppen, darunter auch charismatische oder pfingstlerische, als problematisch für die Ökumene. „In dieser Vielfalt können wir keine Einheit mehr erkennen“, unterstrich Wannous. Hachem von der maronitischen Kirche riet deswegen den Kirchen der Reformation, genau auf diesem Feld eine führende Rolle gegenüber den evangelikalen und nicht-ökumenisch orientierten Bewegungen zu spielen und diese in die nahöstliche Ökumene zu führen.

Großmufti: „Den Geist der Liebe predigen“

Insgesamt hänge die Zukunft aller Christen im Nahen Osten aber vor allem davon ab, wie sich die Region insgesamt entwickle. Das sei auch vielen Muslimen bewusst. Für eine Erneuerung des religiösen Diskurses plädierte deswegen der Großmufti des Libanon, Scheich Abdul Latif Daryan bei einem Empfang der Konsultationsteilnehmer im Dar el-Fatwa, der obersten sunnitischen Religionsbehörde im Libanon. „Wir wollen keinen religiösen Diskurs, der auf Hass und Fundamentalismus aufbaut.“ Kirchliche Schulen lehrten die Werte des christlichen Glaubens und islamische Schulen die des Islam. „Gemeinsam haben wir die Aufgabe, den Geist der Liebe, der in beiden Religionen zentral ist, zu predigen.“

Die Tagung war die 5. Internationale Konsultation, welche die NEST zusammen mit dem Programm „Studium im Mittleren Osten“ (SiMO) organisiert hat. SiMO ist bei der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS) angesiedelt und gibt Studierenden die Möglichkeit, ein ökumenisches Studienjahr an der NEST in Beirut zu verbringen. Dabei lernten sie die Kirchen im Nahen Osten in ihrem islamischen Kontext kennen. Nicht nur angehende Theologinnen und Theologen könnten davon profitieren, auch Studierende der Islamwissenschaft, Geschichte, Politikwissenschaft und anderer verwandter Fächer, könnten sich bei der EMS bewerben. Weitere Informationen unter www.ems-online.de

Im Osmanischen Reich war jeder Vierte ein Christ

„Gut ein Viertel der Bevölkerung des damaligen Osmanischen Reiches bekannte sich bis 1914 zum Christentum, heute sind es in der Türkei nur noch wenige zehntausend“, kommentierte Holger Teubert, stellvertretender Pressesprecher der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die internationale Konferenz in Beirut. Er beziehe sich dabei auf Untersuchungen von Dr. Daniel Heinz, dem Leiter des Historischen Archivs der Siebenten-Tags-Adventisten in Europa mit Sitz an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg. Es mag bedauerlich erscheinen, dass durch das

Auftreten des Protestantismus im 19. Jahrhundert die Kirchen im Orient sich noch mehr zersplitterten, doch der dortige drastische Rückgang der Christen habe zudem eine häufig nicht beachtete andere Ursache.

Auch Protestanten wurden verfolgt

„Um ein Auseinanderbrechen des Osmanischen Reiches zu verhindern, sei Ende des 19. Jahrhunderts der Islam zur Staatsideologie erhoben worden und die Christen hätten als Feinde des Reiches gegolten“, so Daniel Heinz. Doch nicht nur Armenier seien davon betroffen gewesen, sondern auch Christen aramäischer, chaldäischer, assyrischer und griechischer Herkunft, dazu Katholiken und Protestanten. Dabei wäre es um die Schaffung eines neuen türkisch-islamischen Nationalstaates gegangen. Die unter dem osmanischen Sultan Abdul Hamid II. seit 1894 zunehmenden Massaker an Armeniern und anderen Christen im Osmanischen Reich hätten während des Ersten Weltkriegs mit der Deportation in die syrische Wüste ihren Höhepunkt erreicht. Schätzungen zufolge verloren laut Heinz mehr als 1,5 Millionen Christen zwischen 1894 und 1922 in Kleinasien ihr Leben.

Todesstoß auch für Adventisten

Was das für die dortigen Protestanten bedeutete, machte der Leiter des Historischen Archivs am Beispiel der Siebentags-Adventisten deutlich. Seit 1889 habe die Freikirche im Osmanischen Reich, zu dem damals außer der Türkei auch Syrien, Palästina, der Irak und Arabien gehörten, missioniert. Doch das Vorgehen der jungtürkischen Bewegung gegen die Christen hätte auch ihren Gemeinden den Todesstoß versetzt. Nahezu 250 der knapp 450 Adventisten, die meisten armenischer Abstammung, wären laut Heinz damals auf grausame Weise umgekommen. Einige hätten nach Syrien, in den Libanon, nach Ägypten, in die Sowjetunion oder nach Griechenland fliehen können. Nur wenigen sei es gelungen in die USA oder nach Frankreich zu emigrieren. Nach dem Genozid habe es nur noch etwa 100 Adventisten in der Türkei gegeben, zumeist in und um Istanbul lebend, von denen

jedoch die meisten in den darauffolgenden Jahrzehnten auswanderten.

Über dreißigmal inhaftiert

Von Anfang an sei die adventistische Mission im Osmanischen Reich verboten gewesen, so der Archivleiter. Verfolgung und Unterdrückung von Adventisten, deren einheimischen Buchevangelisten und Pastoren hätten auf der Tagesordnung gestanden. Dzadur G. Baharian, der Mitbegründer und „Vater“ der adventistischen Mission im Osmanischen Reich, sei im Laufe seines 23-jährigen Missionsdienstes über dreißigmal inhaftiert worden, bevor er im Juli 1915 den Märtyrertod starb. Er wurde – so der Bericht eines am Mord beteiligten Augenzeugen – in Anatolien bei Sivas von kurdischen Milizionären umgebracht. Er sollte Christus abschwören und auf der Stelle zum Islam konvertieren. Als sich der Missionar widersetzte und die Hände zum Gebet faltete, sei er erschossen worden.

Doch bereits 1909 habe die Ermordung von mindestens sieben namentlich bekannten Adventisten und einiger ihrer Kinder in der Region Adana die Mitglieder der Freikirche erschüttert. Wie viele Adventisten damals ums Leben kamen bleibe ungewiss, so Heinz. Das Massaker im Gebiet von Adana hätte etwa 20.000 armenische Todesopfer gefordert.

Annahme des Islam oder Todesmarsch

In das Bild eines religiös gefärbten Genozids, an dem ausschließlich Muslime beteiligt gewesen seien, passe die Tatsache, dass besonders viele christliche Geistliche den Tod gefunden hätten, erläuterte Daniel Heinz. Auch adventistische Pastoren wären vor die Wahl gestellt worden, den Islam anzunehmen oder den Todesmarsch anzutreten, der mit dem Hungertod in der syrischen Wüste bei Deir ez-Zor endete, wenn man nicht schon vorher massakriert wurde oder an körperlicher Erschöpfung starb. Von diesen adventistischen Pastoren sei ausdrücklich überliefert, dass sie ihren christlichen Glauben öffentlich bekannt und mit ihrem Leben bezahlt hätten. Von zwölf adventistischen Buchevangelisten hätten lediglich zwei

die Verfolgung überlebt. „Adventistische Waisenkinder, deren Eltern umgebracht worden waren, fielen der Zwangsislamisierung zum Opfer und wurden im Gesicht mit türkisch-muslimischen Brandmalen verunstaltet“, so Heinz.

Geringe Zahl von Adventisten in Vorderasien

Dass auch Protestanten von dem damaligen Genozid betroffen waren, sei meist unbekannt. Daher wäre es notwendig dies mit zu berücksichtigen, wenn es um den Protestantismus im Nahen Osten gehe. Die Verfolgung zwischen 1894 und 1922 habe auch unter Protestanten ihre Spuren hinterlassen, wie die heutige geringe Zahl der Adventisten im Gebiet des früheren Osmanischen Reiches zeige.

Die Verfolgungen im Osmanischen Reich hätten nicht nur die überlebenden Adventisten traumatisiert. Der Genozid habe ebenso Auswirkungen auf nachfolgende Generationen gehabt, sodass auch für die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Vorderasien die Auswanderung ein Problem darstelle, gab Daniel Heinz zu bedenken.

Türkei

Gegenwärtig gebe es in der Türkei nur noch 109 Siebenten-Tags-Adventisten. Die meisten kämen aus der Republik Moldau, der Ukraine und aus Russland, weil sie im Land Arbeit gefunden hätten, informierte Holger Teubert. Die verbliebenen armenisch-stämmigen Adventisten wären schon vor etlichen Jahren in die USA ausgewandert.

Syrien

Die syrische Armee erlitt im Juni 1967 bei der Eroberung der Golanhöhen durch Israel im sogenannten „Sechs-Tage-Krieg“ eine Niederlage. Danach sei die einzige adventistische Gemeinde in Syrien, die Adventgemeinde Damaskus, von den Behörden geschlossen worden, so Teubert. Man habe die Adventisten als Sympathisanten wenn nicht gar als Spione der Israelis angesehen. Die wenigen adventistischen Familien in Damaskus und Umgebung wären daraufhin in die USA oder nach Kanada

ausgewandert. Seitdem gebe es keine Adventgemeinde mehr in Syrien. Hin und wieder sei ein Adventist als Angestellter einer ausländischen Firma in das Land gekommen um dort für begrenzte Zeit zu arbeiten, doch regelmäßige Gottesdienste fänden nicht mehr statt.

Libanon

Im Libanon lebten gegenwärtig 282 Siebenten-Tags-Adventisten. Die Freikirche unterhalte dort seit 1939 in Beirut die Middle East University mit 214 Studierenden und 35 Dozenten sowie den vier Fachbereichen Biologie und Informatik, Betriebswirtschaft, Pädagogik sowie Religion und Theologie. Außerdem gebe es an der Hochschule ein Englisches und Arabisches Sprachinstitut. Zudem verfügten die Adventisten im Libanon über ein Verlagshaus und ein Medienzentrum mit Aufnahmestudios für Radio- und TV-Sendungen.

Irak, Jordanien und Golfregion

Im Irak, wo die erste adventistische Gemeinde 1923 gegründet wurde, gebe es laut Teubert nur noch 96 Adventisten. Die meisten Mitglieder seien wegen der instabilen Lage im Land hauptsächlich nach Nordamerika ausgewandert. In Jordanien würden 179 Adventisten leben. Die erste adventistische Gemeinde sei dort 1926 gegründet worden. Bei den 1.354 Adventisten in den 14 Kirchengemeinden der Golfstaaten handele es sich fast ausschließlich um ausländische Staatsbürger, die dort vorübergehend arbeiteten, informierte Holger Teubert.

Russland: Putin unterzeichnet restriktives Gesetz zur Weitergabe von Glaubensüberzeugungen

Glaubensweitergabe eingeschränkt

Entgegen internationaler Menschenrechtsverpflichtungen würden die Änderungen am Religionsgesetz den Kreis jener, die ihren Glauben weitergeben dürften, auf Menschen mit Genehmigung seitens staatlich registrierter religiöser Gemeinschaften und Organisationen beschränken, so Forum 18. Damit wären religiöse Gruppen ausgeschlossen, die sich entschieden hätten, ohne staatliche Erlaubnis zu wirken, wie einige baptistische Gemeinschaften.

Das neue Gesetz schränke auch die Örtlichkeiten wo Glaubensüberzeugungen mitgeteilt werden dürften ein, so Forum 18. Es sei ausdrücklich verboten über den Glauben in Wohngebäuden oder ohne Erlaubnis auf dem Grundstück eines anderen Verbands zu sprechen. Ein anderer Teil des neuen Gesetzes verbiete auch, Wohneigentum zu religiösem Gebrauch umzunutzen.

In Anti-Terror-Gesetzespaket integriert

Die Gesetzesänderung bezüglich der Weitergabe von Glaubensüberzeugungen sei in ein Gesetzespaket zur Bekämpfung von Terrorismus und zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit integriert worden, so Forum 18.

„Ein schwarzer Tag“

Die Unterzeichnung der Gesetzesänderung durch Präsident Putin habe in Russland breite Verurteilung hervorgerufen, so die norwegische Menschenrechtsorganisation. „Heute ist ein schwarzer Tag“, sagte Rechtsanwalt Vladimir Ryakhovsky vom

Slawischen Zentrum für Recht und Gerechtigkeit. Die Hoffnung, dass Putin das Gesetz nicht unterzeichnen würde, ist enttäuscht worden. Das Gesetz widerspreche offen dem Auftrag des Evangeliums „geht hin und macht zu Jüngern“ und verletzte zudem die verfassungsmäßigen Rechte der Bürger, kommentierte der Rechtsanwalt. Laut Forum 18 beschwerte sich Ryakhovsky, dass diese Gesetzesänderung von Leuten verfasst worden sei, „die absolut keine Profis sind und die religiöse Praxis nicht verstehen.“ Die teilkontinentale Kirchenleitung der Siebenten-Tags-Adventisten ESD (Eurasien-Division), mit Sitz in Moskau, hatte bereits am 28. Juni an Präsident Putin appelliert, die restriktive Gesetzesänderung nicht zu unterzeichnen.

Adventisten zu den Erschießungen in Baton Rouge, Falcon Heights, und Dallas

Die vergangene Woche sei „extrem schwierig“ gewesen, so Jackson und Bryant in der gemeinsamen Stellungnahme. Es sei nun höchste Zeit, sich in einer gesellschaftlichen Diskussion in offener, ehrlicher und konstruktiver Weise über die Rechte und Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft zu engagieren. Dabei müssten auch praktische Wege gefunden werden, um subtilen oder offenen Formen rassistischer Intoleranz entgegenzutreten.

2016 in den USA 123 Afroamerikaner durch Polizisten erschossen
„Wir waren tief betroffen über die Erschießungen zweier Afroamerikaner durch Polizisten diese Woche“, so Jackson und

Bryant. Damit seien im Jahr 2016 in den USA laut Medienberichten 123 Afroamerikaner durch die Polizei erschossen worden. Ebenso betroffen seien sie, dass fünf Polizisten in Dallas/Texas von einem hasserfüllten Bewaffneten erschossen worden seien, der gemäß seiner eigenen Aussage „weiße Menschen und vor allem weiße Polizisten töten“ wollte.

Hass und Rache nie die richtige Reaktion

„Der gewaltsame Tod jedes Menschen ist falsch“, heißt es in der Stellungnahme. Auch wenn viele im Land nun wütend und verängstigt seien, „ist Hass und Rache nie die richtige Reaktion.“ Die menschliche Erfahrung zeige, dass Hass zu noch mehr Hass führe. Eine Hilfestellung sei im Leben und Verhalten Jesu zu finden, so die adventistischen Kirchenleiter. Er habe mit Liebe auf Hass reagiert und mit Frieden, wo Zorn regiert habe. „Das Böse kann nicht mit Bösem beseitigt werden; es muss mit Frieden, Liebe und Güte überwältigt werden.“

Wut und Frustration begegnen mit klarem Nein zu Rassendiskriminierung

Der wachsenden Wut, Frustration und Entfremdung auf dem Gebiet ihrer Kirchenleitung, die von zunehmendem Misstrauen und Angst begleitet würden, wollten sie begegnen, so Jackson und Bryant. Konkret wollten sie zuhören, um das Aufschreien jener zu verstehen, die in Angst lebten; als Adventisten in Nordamerika gemeinsam „Nein“ zu Rassendiskriminierung sagen; auf allen Ebenen der Kirche, ihren Bildungs- und Gesundheits-Institutionen gemeinsam beten und mit kreativen Aktionen das Gemeinsame stärken und Heilung sowie Aussöhnung in die Zivilgesellschaft tragen.

Die Stellungnahme der adventistischen Kirchenleitung in Nordamerika zu den Erschießungen endet mit einem Bibelzitat aus dem Galaterbrief von Apostel Paulus, Kapitel 3, Vers 28: „Hier gibt es keinen Unterschied mehr zwischen Juden und Griechen, zwischen Sklaven und freien Menschen, zwischen Mann und Frau. Denn durch eure Verbindung mit Jesus Christus seid ihr alle zusammen ein neuer Mensch geworden.“ (NGÜ)

Die Stellungnahme der NAD-Kirchenleitung im Original:
<http://www.adventistreview.org/church-news/story4181-nad-statement-on-shooting-deaths-in-louisiana-minnesota-and-texas>

Siebenten-Tags-Adventisten in Nordamerika

Die evangelische Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten hat weltweit rund 19 Millionen Mitglieder, davon mehr als eine Million in Nordamerika, in Kanada und den USA.

Russland: Adventisten appellieren an Putin, Gesetze zur Missionstätigkeit nicht zu unterzeichnen

Das vorgeschlagene Gesetzespaket, das im Rahmen der neuen „Überwachungs- und Antiterror-Gesetze“ eingebracht wurde, ist vom Oberhaus, dem Föderationsrat bzw. der Vertretung der Gliedstaaten, am 29. Juni an den Präsidenten zur Unterzeichnung weitergeleitet worden.

Das neue Gesetz definiert nach Angaben von Adventist Review (AR, amerikanische Kirchenzeitschrift) Missionstätigkeit als: „Gottesdienst sowie andere religiöse Riten und Zeremonien; Verteilung von religiöser Literatur, von Audio- und Videomaterialien; öffentliches Fundraising für religiöse Zwecke; Durchführung von Gottesdiensten, religiösen Versammlungen und Predigten“.

Adventisten appellieren an Putin, das Gesetz nicht zu unterzeichnen

Pastor Oleg Goncharov, zuständig für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit der ESD, appellierte an Putin, das Gesetz nicht zu unterzeichnen. „Für Gläubige ist es unmöglich, den Anforderungen dieses Gesetzes zu entsprechen und selbst in den eigenen vier Wänden nicht mehr über ihre religiösen Überzeugungen zu sprechen“, so Goncharov in einem offenen Brief an Präsident Putin.

„Mit der Verabschiedung dieses Gesetzes wird die religiöse Situation im Land wesentlich komplizierter. Viele Gläubige werden wegen ihres Glaubens ausgegrenzt und Repressalien ausgesetzt sein“, sagte Oleg Goncharov. Dies bereite allen adventistischen Christen Sorgen, die seit mehr als 130 Jahren in Russland tätig seien.

Missionstätigkeit in Wohngebieten verboten

Was ihn besonders beschäftige, sei eine Regelung im Gesetz, welche die Ausübung von Missionstätigkeit in Wohngebieten verbiete, so Pastor Goncharov. Dies sei die Legalisierung eines folgenschweren Eingriffs in die Privatsphäre der Bürger, indem ihnen in den eigenen vier Wänden verboten werde, ihre religiösen Überzeugungen mit anderen zu teilen oder ihre religiösen Bedürfnisse zu stillen.

Fraglicher Gesetzgebungsprozess

Adventisten und andere Konfessionen unterstützten die Bemühungen der Regierung, Extremismus und Terrorismus zu bekämpfen. Der Abschnitt über Missionstätigkeit im neuen Gesetzespaket gehe aber entschieden zu weit, hielt Goncharov fest. Zudem verletze die schnelle Verabschiedung des Gesetzes und die Genehmigung in nur drei Tagen sowie die Umgehung von vorgeschriebenen Beratungen mit Religions-gemeinschaften das Bundesgesetz. Dieses schreibe Diskussionen mit einem Ausschuss der Staatsduma für religiöse Organisationen vor sowie mit Vertretern jener religiösen Organisationen, die direkt vom Gesetz betroffen seien.

Gesetz betrifft auch Meinungsäußerungsfreiheit und Versammlungsfreiheit

„Es steht hier mehr als die Religionsfreiheit auf dem Spiel“, sagte Ganoune Diop, Direktor für Außenbeziehungen und Religionsfreiheit der adventistischen Weltkirchenleitung. „Es geht auch um die anderen Grundfreiheiten: Die freie Meinungsäußerung und die Versammlungsfreiheit. Alle diese Grundfreiheiten sind miteinander verknüpft, bedingen einander und sind unteilbar“, so Diop.

Rückweisung an Duma

Pastor Oleg Goncharov appellierte an Putin, die Gesetzgebung zur Revision zurück an die Duma zu verweisen und versicherte dem Präsidenten: „Wir beten stets für Sie, lieber Herr Präsident, sowie für alle staatlichen Behörden“. Der Präsident sei sich der Bedenken hinsichtlich dieses Gesetzespaktes bewusst und behalte sich ein Veto vor, sagte Dmitry Peskov, Sprecher von Putin.

Gebiet der Eurasischen Kirchenleitung der Adventisten umfasst elf Zeitzonen

Die Weltkirchenleitung der rund 19 Millionen Siebenten-Tags-Adventisten hat global dreizehn teilkontinentale Kirchenleitungen. Mitgliedermässig ist die Eurasische Kirchenleitung ESD die zweitkleinste, gebietsmässig ist sie aber riesig. Es gehören dreizehn Länder zu ihrem Gebiet, das elf Zeitzonen umfasst. Im Wesentlichen gehören zur ESD-Kirchenleitung Staaten der ehemaligen Sowjetunion mit Moldawien, Weißrussland und der Ukraine im Westen bis in die Gebiete des äußersten Ostens Russlands, am Beringmeer.

In diesen dreizehn Ländern, mit 280 Millionen Menschen, gibt es rund 2.000 adventistische Kirchgemeinden. Im Gebiet der ESD-Kirchenleitung gibt es 140.000 erwachsen getaufte Adventisten, 45 Prozent davon leben in der Ukraine. In Tula/Russland betreiben die Adventisten die „Zaoksky Adventist University“, ungefähr 120 Kilometer südlich von Moskau.

ÖRK-Mitgliedschaft soll auf die AMG übergehen

Nach intensiver Vorarbeit und Beratung beschloss laut „Mennewe.de“ die Mitgliederversammlung der AMG im Juni in Sembach bei Kaiserslautern, dass die Mitgliedschaft beim ÖRK auf die AMG übergehen soll. In einer Information an die Gemeinden schreibt die Vorsitzende der AMG Doris Hege: „Damit sind nicht alle Fragen und Anfragen aus dem Weg geräumt. Sie werden uns weiter beschäftigen, aber wir gehen gemeinsam.“ Die Vertretung beim ÖRK werde weiterhin von Professor Dr. Fernando Enns, Leiter der Arbeitsstelle „Theologie der Friedenskirchen“ am Fachbereich Evangelische Theologie der Universität Hamburg, übernommen, der zugleich stellvertretender Vorsitzender der AMG ist.

Die AMG

Die Arbeitsgemeinschaft Mennonitischer Gemeinden (AMG) besteht aus drei Mitgliedsverbänden: der Vereinigung der Deutschen Mennonitengemeinden (VDM) in Norddeutschland, der Arbeitsgemeinschaft Südwestdeutscher Mennonitengemeinden (ASM) und dem Verband deutscher Mennoniten-Gemeinden (VdM) im Süden der Bundesrepublik. Zur AMG gehören 55 Gemeinden mit insgesamt über 5.300 Mitgliedern.

Der ÖRK

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) wurde 1948 während der Ersten Vollversammlung in Amsterdam gegründet. Er besteht aus einer Gemeinschaft von 345 Mitgliedskirchen, zu denen

insgesamt über 500 Millionen Christen aus mehr als 110 Ländern gehören. Bei den Mitgliedern handelt es sich um die Mehrzahl der orthodoxen Kirchen (östlich- und orientalisches-orthodoxe), alt-katholische, anglikanische, assyrische, in Afrika entstandene, baptistische, evangelikale, lutherische, mennonitische, methodistische, reformierte, vereinigte und unabhängige Kirchen, sowie Kirchen Christi/Jünger Christi, Freunde (Quäker), Provinzen der evangelischen Brüder-Unität und einige Pfingstkirchen. Die römisch-katholische Kirche, die Heilsarmee und die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten sind keine Mitglieder, haben jedoch als „weltweite christliche Gemeinschaften“ beim ÖRK einen Beobachter-/Beraterstatus.

Gesundheitsversorgung von ADRA für Binnenflüchtlinge im Jemen

Laut dem Länderkoordinator von ADRA Deutschland für Jemen und Somalia, Lukas Driedger, der selbst ein Jahr lang im Jemen lebte, seien die beiden mobilen Einheiten in Hudaidah in verschiedenen Distrikten unterwegs, um mit der Hilfe von Ärzten und Pflegepersonal die medizinische Grundversorgung sicherzustellen. Eine Hebamme betreue Schwangere und Mütter. In einem separaten Therapieprogramm würden unterernährte Kinder und Frauen mit Zusatz- und Aufbaunahrung behandelt. Als präventive Maßnahme gebe es für die wartenden Patienten Gesundheitsschulungen mit Informationen zu Mangelernährung, Erkrankungen oder auch zum sicheren Verhalten in

Konfliktgebieten, etwa zum Schutz vor Landminen.

Schon eine Erkältung kann zum Tod führen

„Die Geflüchteten sind Wetterextremen wie Hitze, starkem Wind und hoher Luftfeuchtigkeit teilweise schutzlos ausgeliefert, weil sie kein Dach über dem Kopf haben“, berichtete Driedger. Bedingt durch diese schlechten Lebensbedingungen seien die häufigsten Krankheiten Atemwegsinfektionen, Durchfallerkrankungen, Harnwegsinfektionen, Malaria und Hauterkrankungen. Unter den vorherrschenden Voraussetzungen wären diese Krankheiten oftmals lebensgefährlich. Schon eine Erkältung könne bei einem unterernährten Kind zum Tod führen.

Treibstoffmangel und Milizen erschweren die Arbeit

Die Binnenflüchtlinge seien aus Angst vor Angriffen ständig in Bewegung und verharren nicht lange an einem Ort, was die langfristige Versorgung von unterernährten Kindern und kranken Erwachsenen erschwere. Sie und auch die Helfer von ADRA müssten lernen, mit dieser lebensbedrohlichen Lage umzugehen. Außerdem erschwere der Treibstoffmangel die Arbeit des Hilfswerkes. Das Projektgebiet werde von bewaffneten Gruppen kontrolliert, welche über eigene Checkpoints verfügten und auch ADRA-Mitarbeiter wegen Kleinigkeiten anhielten, weil es angeblich Unklarheiten wegen administrativer Angelegenheiten gebe. Wichtige Medikamentenlieferungen kämen aufgrund dessen häufig verspätet an, was für Betroffene schlimme Folgen haben könne. Es wäre auch schon vorgekommen, dass Fahrzeuge von Hilfsorganisationen zeitweise beschlagnahmt wurden. „Trotzdem bleiben die ADRA-Mitarbeiter vor Ort und leisten humanitäre Hilfe in dieser schon ‚vergessenen‘ Krise“, betonte Lukas Driedger.

Das Gesundheitsprojekt von ADRA Deutschland im Jemen wird vom Auswärtigen Amt der Bundesrepublik finanziell gefördert.

ADRA stellt sich auf langfristige Flüchtlingshilfe in Griechenland ein

Laut ADRA-Mitarbeiterin Anna Lefik engagiert sich das Hilfswerk nun in den nordgriechischen Camps Petra Olympou, Herakles und Nireas, in denen insgesamt 1.500 Geflüchtete leben. In das größte Flüchtlingslager Petra Olympou in der Nähe von Katerini wurde eine Wasseraufbereitungsanlage transportiert, die den Menschen einen verbesserten Zugang zu Trinkwasser ermögliche.

Schlechte hygienische Bedingungen

Die hygienischen Bedingungen in den Lagern seien sehr schlecht, weswegen sich ansteckende Hautkrankheiten verbreiteten. Die Betroffenen würden von einem medizinischen Team behandelt und ihre Zelte desinfiziert. Zudem verteile ADRA Hygieneartikel und informiere die Bewohner der Flüchtlingslager über hygienische Verhaltensweisen.

ADRA stelle sieben Übersetzer, die im Schichtwechsel das medizinische Team unterstützten und Patienten in die Krankenhäuser nach Katerini oder Thessaloniki begleiteten. Das Team stehe den Geflüchteten rund um die Uhr zur Verfügung. Es versorge sie mit Medikamenten und betreue sie medizinisch sowie psychosozial. Außerdem betreibe ADRA eine Ausgabestelle für frische Lebensmittel, um Mangelernährung vorzubeugen.

Die Unterbringungsmöglichkeiten in den Lagern seien für die Sommermonate ausreichend, aber für die kalte Jahreszeit absolut untauglich, informierte Anna Lefik. Deswegen plane ADRA die Anschaffung von isolierten und beheizbaren Wohn-

sowie Sanitärcontainern. Das Hilfswerk stelle sich damit auf die langfristige Unterstützung der Flüchtlinge in den griechischen Camps ein.

Ahmed Shaheed als UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit aufgestellt

Ahmed Shaheed (geb. 1964) war der bisherige UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte im Iran und früher Außenminister der Malediven. Im Fall seiner Wahl/Ernennung löst er als UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit den Theologen, Philosophen und Historiker Heiner Bielefeldt ab. Dieser hatte die Aufgabe 2010 von Asma Jahangir übernommen.

Ernennung von Ahmed Shaheed – ein wichtiges Zeichen

In einem Pressestatement sagte Volker Kauder, Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in Deutschland: „Wir wünschen Ahmed Shaheed viel Erfolg in seinem neuen Amt als UN-Sonderberichterstatter für Religions- oder Glaubensfreiheit – einem Amt, dessen Bedeutung immer mehr zunimmt. Es ist ein wichtiges Signal, dass nun eine Persönlichkeit dieses Amt übernimmt, die ihre Wurzeln in einem muslimisch geprägten Land hat. Leider ist es Realität, dass die Religionsfreiheit gerade in vielen muslimisch geprägten Ländern missachtet wird. Umso wichtiger ist es, dass die Angehörigen aller Religionsgemeinschaften – einschließlich der Muslime – zusammen für die Freiheit des Glaubens eintreten.“

Die wachsende religiöse Intoleranz und vor allem der wachsende religiös motivierte Extremismus stelle mittlerweile eine Hauptbedrohung für den Frieden in der Welt dar, so Kauder. Der UN-Sonderbeauftragte müsse die Entwicklungen schonungslos benennen. Dies sei Voraussetzung dafür, dass die Weltgemeinschaft geschlossen für Religionsfreiheit eintreten könne.

Gehört der Islam zu Deutschland?

Kirchen des Vorderen Orients

Als Mitarbeiter des Christlichen Hilfsbundes im Orient verbrachte Gottfried Spangenberg nahezu 30 Jahre im Libanon. Er konnte daher auch aus eigener Erfahrung einen Überblick über die Kirchen des Vorderen Orients, ihre theologischen Besonderheiten sowie ihre gegenwärtige Situation präsentieren. Spangenberg beleuchtete die aramäische, die assyrische und die armenische Kirche sowie die Maroniten und die Melkiten.

Die Kirchen des Vorderen Orients seien trotz großem Widerstand unter politischer Fremdherrschaft erhalten geblieben. Sie hätten bereits sehr früh Bibeln in ihrer Muttersprache besessen. Andererseits habe ihre Uneinigkeit und Rivalität Spangenberg zufolge erst dazu geführt, dass sich der Islam so weit ausbreiten konnte. „Da der Islam seit seiner Entstehung vor allem durch äußeren Zwang zusammengehalten wird und aus sich selbst heraus keine Kraft zur Erlösung der Menschen hat, hat er auf lange Sicht keine Zukunft“, prophezeite

Spangenberg.

Gehört der Islam zu Deutschland?

Dr. Hanna Josua, der im Libanon Politik- und Islamwissenschaft studiert hat und zurzeit Pfarrer einer arabischen evangelischen Gemeinde und Geschäftsführer der Evangelischen Ausländerseelsorge ist, beleuchtete die Aussage hochrangiger deutscher Politiker, dass der Islam zu Deutschland gehöre. „Ich halte diese Aussage nicht für adäquat und präzise“, sagte Josua. Als Religion hätte der Islam nicht identitätsstiftend auf das moderne Europa gewirkt.

Josua problematisierte, dass der Islam in den Ländern, in denen er in der Verfassung verankert sei, auch tief in den privaten Lebensbereich der Menschen eingreife. Gegenüber gesellschaftlicher Diversität sei Toleranz nötig. Bedarf sah Hanna Josua darin, dass Muslimen geholfen wird, ein uneingeschränktes Ja zu den Freiheiten in Deutschland zu finden. Es werde bereits ein „streitbarer innerislamischer Diskurs“ erprobt. Das sei für ihn hoffnungsvoll, so Josua.

Veranstalter

Der Flüchtlingskongress „Angekommen! – Angenommen?“ vom 3. bis 5. Juli wird von einer Veranstaltergemeinschaft getragen. Dazu gehören die Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen e.V., die Vereinigung Evangelischer Freikirchen, die Deutsche Evangelische Allianz e.V., das Albrecht-Bengel-Haus Tübingen sowie die Schönblick gGmbH. Daneben gibt es rund 50 unterstützende Organisationen. Weitere Informationen unter: www.schoenblick.de/fluechtlingskongress

Neuapostolische Kirche erstmalig Gastmitglied in einer regionalen deutschen ACK

Vollmitglieder in der ACK MV sind die Evangelisch-Lutherische Kirche in Norddeutschland, die römisch-katholischen Erzbistümer Hamburg und Berlin, der Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden, die Evangelisch-methodistische Kirche, die Alt-katholische Kirche, die Evangelisch-reformierte Kirche sowie die Selbständige Evangelisch-Lutherische Kirche. Weitere Gastmitglieder sind die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, das Apostelamt Jesu Christi und der Bund Freier Evangelischer Gemeinden.

Erste Begegnung 2013

Die erste Begegnung zwischen der NAK und der ACK MV fand bereits im Januar 2013 in Stralsund statt. Apostel Jörg Steinbrenner und Bischof Thorsten Beutz stellten ihre Kirche vor. 2014 wirkte die NAK beim 2. Ökumenischen Kirchentag Vorpommern in Stralsund mit. Es folgten danach weitere Gespräche und ein Klärungsprozess in den Mitgliedskirchen der ACK MV. Alle stimmten dem Antrag auf Gastmitgliedschaft zu. Die NAK wird künftig von Evangelist Eckard Bendig (Gadebusch) und Priester Sebastian Dzikus (Schwerin) in den Sitzungen der ACK MV vertreten.

Leitender Geistlicher der Neuapostolischen Kirche in Nord- und Ostdeutschland, zu der auch der Bereich Mecklenburg-Vorpommern gehört, ist Apostel Jörg Steinbrenner. In Mecklenburg-Vorpommern ist die NAK in die sechs Kirchenbezirke Pasewalk, Stralsund, Neubrandenburg, Rostock, Güstrow und Schwerin gegliedert. Dazu gehören 36 Gemeinden mit rund 6.000 neuapostolischen Christen. Im gesamten Bundesgebiet hat die

NAK 345.000 Mitglieder, weltweit sind es 8,8 Millionen.

Orientierungshilfe

Im Herbst 2013 hatte auch die die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in Deutschland beschlossen, eine Phase der Kommunikation und Reflexion mit der Neuapostolischen Kirche (NAK) zu gestalten. Dazu gehört die Orientierungshilfe der ACK Baden-Württemberg von 2008, die auf Bundesebene weiter entwickelt, dem gegenwärtigen Gesprächsstand angepasst und im Herbst 2015 veröffentlicht wurde.

In der Orientierungshilfe werden Möglichkeiten ökumenischer Begegnungen und Zusammenarbeit aufgezeigt, wie beispielsweise das gegenseitige Überlassen von Räumlichkeiten in besonderen Fällen wie Trauungen oder Bestattungsfeiern, sowie die Beteiligung von Chören und Orchestern der NAK bei Gottesdiensten der ACK-Mitgliedskirchen. In den vergangenen Jahren habe sich in der NAK ein bemerkenswerter Wandlungs- und Öffnungsprozess vollzogen, heißt es in dem Text. Grundlage sei der im Jahr 2012 veröffentlichte Katechismus der Neuapostolischen Kirche. Er stelle erstmals systematisch und umfassend den neuapostolischen Glauben verbindlich dar und zeige eine ökumenische Öffnung.

Auch wenn aus ökumenischer Sicht noch Anfragen und Unterschiede deutlich würden, stellten diese kein Hindernis für ökumenische Kontakte dar, heißt es in der Orientierungshilfe. Seither gibt es auf lokaler Ebene zunehmend Berührungen unterschiedlicher Art zwischen neuapostolischen Gemeinden und Gemeinden der ACK-Mitgliedskirchen. In über 20 Orten in Deutschland führte dies inzwischen zu Gastmitgliedschaften von NAK-Gemeinden in lokalen ACKs, in Hannover ist die NAK Mitglied der lokalen ACK. Die Orientierungshilfe ist im Internet verfügbar unter: http://www.oekumene-ack.de/fileadmin/user_upload/Texte_und_Publicationen/ACK-NAK_Orientierungshilfe_2015.pdf

Schweiz

In die Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen in der Schweiz (AGCK) wurde die Neuapostolische Kirche am 9. April 2014 als Gastmitglied aufgenommen. Seit 2002 fanden dort zwischen AGCK CH und NAK inoffizielle Gespräche statt, die ab 2007 in ein offizielles Mandat überführt wurden und prüfen sollten „ob und in welcher Form eine zwischenkirchliche Zusammenarbeit zwischen der NAK Schweiz und den in der AGCK organisierten Kirchen sinnvoll und möglich ist“, so ein Arbeitspapier. Die NAK hat in der Schweiz rund 33.000 Kirchenmitglieder.

Österreich

In Österreich wurde die NAK 2014 in den Ökumenischen Jugendrat (ÖJRIÖ) als Vollmitglied aufgenommen, nachdem sie dort einen zweijährigen Beobachterstatus hatte. Im April 2014 veröffentlichten auch der Ökumenische Rat der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) und die Neuapostolische Kirche gemeinsam eine „Orientierungshilfe für die Gemeinden“. In Österreich gibt es rund 5.100 neuapostolische Christen in 49 Kirchengemeinden.

Flüchtlingskongress in Schwäbisch Gmünd eröffnet

Wiesemann sprach in seinem Grußwort zur Kongresseröffnung von Integration als wichtiger Herausforderung in den nächsten Jahren. Er betonte, dass sich aus dem christlichen Glauben ethische Fürsorgepflichten ergäben. „Als Christen sind wir dazu berufen, unser Herz den Notleidenden zu öffnen und ihnen eine Hoffnung zu geben“, so der Bischof. Der Kongress sei ein

wichtiger Beitrag zur Barmherzigkeit.

Podiumsgespräch mit Kirche und Politik

Zum Auftakt des Kongresses führten Vertreter aus beiden großen Kirchen sowie aus der Politik ein Podiumsgespräch über aktuelle Entwicklungen zur Flüchtlingssituation. Dr. Karl-Heinz Wieseemann, röm.-katholischer Bischof von Speyer, stellte die Gottes- und Nächstenliebe als wesentliches Merkmal des christlichen Glaubens heraus. Die Menschenwürde stehe in der Flüchtlingsfrage im Vordergrund. Der Bischof der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens, Dr. Carsten Rentzing, wies auf die Folgen der atheistischen Politik der ehemaligen DDR hin: sie habe die Menschen geistlich und emotional entwurzelt. Eine Willkommenskultur sei dort am schwächsten ausgeprägt, wo die Entchristlichung am stärksten wäre.

Zur Vorsicht vor Vorurteilen in die eine oder andere Richtung mahnte Johannes Schmalzl (FDP), Regierungspräsident a.D. des Regierungsbezirks Stuttgart. Er halte nichts von verallgemeinernden Zahlen, sagte Schmalzl im Blick auf die Frage, wie lange Eingliederungsprozesse für Flüchtlinge dauern. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Justiz und für Verbraucherschutz, Christian Lange (SPD), sprach von der Wichtigkeit des Aufbaus demokratischer Strukturen in den Herkunftsländern bei der Bekämpfung von Fluchtursachen. „Korruption ist eine der Hauptseuchen zur Zerstörung demokratischer Strukturen“, so Lange. Julius Mihm, Bürgermeister von Schwäbisch Gmünd, schilderte die Bemühungen der Stauferstadt um Flüchtlinge, bei denen der Mensch im Mittelpunkt stehe.

Veranstalter

Der Kongress „Angekommen! – Angenommen?“ vom 3. bis 5. Juli wird von einer Veranstaltergemeinschaft getragen. Dazu gehören die Arbeitsgemeinschaft Evangelikaler Missionen e.V., die Vereinigung Evangelischer Freikirchen, die Deutsche Evangelische Allianz e.V., das Albrecht-Bengel-Haus Tübingen sowie die Schönblick gGmbH. Daneben gibt es rund 50

unterstützende Organisationen.

Adventist spricht auf UNO-Konferenz über Sexualität

Dr. Ganoune Diop, der auch Generalsekretär der Internationalen Vereinigung für Religionsfreiheit IRLA ist, hat auf Einladung des UN-Sonderberichterstatters für Religionsfreiheit, Professor Heiner Bielefeldt, in seinem Referat die Beziehung zwischen Religionsfreiheit, Menschenrechten und Sexualität beleuchtet. Er gab dabei eine wissenschaftliche Übersicht über religiöse Haltungen zur menschlichen Sexualität, vor allem aus der Sicht der christlichen Traditionen.

Für Christen gründet menschliche Sexualität in der Schöpfung

Christen würden das Verständnis der menschlichen Sexualität vor allem im Schöpfungskonzept verorten, wo alles als „gut“ oder gar „sehr gut“ bezeichnet worden sei, so Diop. Die biblische Erzählung zeige aber auch, dass die Welt nach der Entfremdung von Gott eine andere geworden ist.

Diop, adventistischer Theologe und früherer Dozent für Theologie, biblische Sprachen sowie vergleichender Religionswissenschaft, zeigte die historische Entwicklung der verschiedenen theologischen und traditionellen Vorstellungen über die menschliche Sexualität in verschiedenen christlichen Gemeinschaften auf sowie den Einfluss von kulturellen Normen, welche die Einstellung über angemessenes Sexualverhalten prägen.

Umstrittene Bibeltexte zur Homosexualität

Der Senegalese Ganoune Diop ging auch auf die sieben biblischen Texte ein, die gemeinhin so verstanden worden seien, dass sie gleichgeschlechtliche Handlungen verbieten und erläuterte die unterschiedlichen Auslegungen dieser Texte. Die Mehrheit der Christen – ob Katholiken, Orthodoxe, Protestanten, Evangelikale oder Pfingstler – glaubten, dass diese Texte ein göttliches Verbot gleichgeschlechtlicher Handlungen darstellten. Eine wachsende Anzahl von Christen hingegen stelle diese Interpretation in Frage, so der Theologe. Sie würden alternative Interpretationen dieser Texte vortragen, da aus ihrer Sicht die Bibel Homosexualität, wie wir sie heute kennen, nicht behandle.

Sexualität: Säkulare Gesellschaft und religiöse Organisationen meist uneins

Die Kluft zwischen der säkularen Gesellschaft und religiösen Organisationen verbreitere sich, sagte Diop, wenn es um Fragen der Sexualität gehe. Er verwies auf offizielle Erklärungen großer christlicher Kirchen, welche die monogame heterosexuelle Ehe befürworteten. Diese stünden aber in krassem Gegensatz zur Haltung der säkularen Zivilgesellschaft sowie einer wachsenden Zahl von Christen, welche die homosexuelle Ehe und Praxis sowie den homosexuellen Lebensstil unterstützten. Die Übereinstimmung bei diesem Thema verflüchtige sich mehr und mehr.

Vorsicht bei politischer Umsetzung

„Die Grundlagen des christlichen Glaubens basieren auf der unverzichtbaren Freiheit jedes Einzelnen, eine Bundesbeziehung mit Gott einzugehen“, sagte Ganoune Diop. Diese Freiheit bedeute, dass Christen vorsichtig sein sollten beim Versuch, ihre religiösen Überzeugungen über Sexualität – und damit ihre religiösen Werte – in der Politik umzusetzen und Gesetze zu erlassen, die andere diskriminieren oder jene verurteilen, die bestimmte religiöse Lehren ablehnten. „Die Entscheidung etwas zu legalisieren oder unter Strafe zu stellen, ist Aufgabe der

ordentlichen Gerichte und des Gesetzgebers“, so Diop.

Interview: Wahlfreiheit achten – keine Diskriminierung

„Die Wahlfreiheit eines Individuums in Fragen der Sexualität anzuerkennen, impliziert nicht, dass damit entsprechende Entscheidungen gebilligt werden“, so Ganoune Diop in einem Interview nach der Konferenz. Die Anerkennung von Wahlfreiheit schwäche auch nicht das Recht eines Christen, mit moralischer Klarheit bezüglich des göttlichen Ideals für zwischenmenschliche Beziehungen einzustehen“, sagte Diop.

„Was bedeutet dies für Christen heute im Umgang mit Menschen, die andere Auffassungen hinsichtlich der menschlichen Sexualität haben?“, fragte er. „Es bedeutet, ‚Nein‘ zu Diskriminierung oder jeglicher Form von Gewalt zu sagen. Es bedeutet aufzuzeigen, dass Menschen unterschiedlich glauben und anders sein und dennoch das gleiche Menschsein teilen können; es bedeutet, im gemeinsamen öffentlichen Raum mit Respekt für die Würde eines jeden Menschen zu leben; es bedeutet anzuerkennen, dass jeder Person vom Schöpfer das Recht und die Verpflichtung zur Freiheit zugestanden wurde.“

„Keinem Menschen sollte seine Menschlichkeit abgesprochen werden, egal, wie er seine Wahlfreiheit nutzt“, so Diop. „Gott hat den Menschen das Vorrecht gegeben nach den geoffenbarten Maßstäben Gottes zu leben oder auch nicht. Gewalt, Hassverbrechen oder durch Selbsthass verursachte Verbrechen, wie kürzlich in Orlando, sind abstoßend und barbarisch.“

Auf die Frage im Interview, weshalb die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten an UN-Konferenzen wie dieser teilnehme, stellte Ganoune Diop den immensen Wert einer adventistischen Präsenz „am Tisch“ der internationalen Gemeinschaft der Entscheidungsträger, die als einflussreiche Personen gesellschaftliche Trends beeinflussten und Werte prägten, heraus.

Innerhalb der Länder der Vereinten Nationen bestehe ein

breites Spektrum im rechtlichen Umgang mit gleichgeschlechtlichen Beziehungen. Dieses reiche vom Schutz solcher Beziehungen bis zu Verbot, Diskriminierung und Kriminalisierung in anderen Ländern der UNO. Trotz der Komplexität und polarisierenden Tendenz dieser Thematik sollten Adventisten nicht am Rand der öffentlichen Diskussion stehen, so Diop.

Das Ziel der Kirche bei der Pflege der Außenbeziehungen sowie dem Einsatz für Religionsfreiheit bestehe darin, die Kirche im öffentlichen Raum als glaubwürdig, relevant und vertrauenswürdig zu positionieren, ohne damit die kirchlichen Werte und Lehren zu beeinträchtigen, wie diese in offiziellen Stellungnahmen zum Ausdruck gebracht worden seien.

Weitere Referenten

Weitere Referenten auf der UN-Konferenz waren: Heiner Bielefeldt, UN-Sonderberichterstatter für Religionsfreiheit; Javaid Rehman, Professor für islamisches Recht und Völkerrecht an der Brunel University, London; Vitit Muntarbhorn, Vorsitzender der UN-Untersuchungskommission zu Syrien und ehemaliger UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Südkorea.

Der vollständige Bericht von AR über die UN-Konferenz kann auf Englisch nachgelesen werden unter:

<http://www.adventistreview.org/church-news/story4137-adventist-leader-discusses-sexuality-at-un-conference>

Panorthodoxes Konzil der orthodoxen Kirchen: Erster Schritt zur Einheit

Von Esther R. Suter (*)

„Als Schritt nach vorn“, würdigte Papst Franziskus das panorthodoxe Konzil auf Kreta, auch wenn dieser „nicht hundertprozentig sei“. In der Tat war das Konzil ein historischer Moment: Seit mehr als tausend Jahren fand erstmals wieder ein Panorthodoxes Konzil statt. Die Einladung ging vom Ökumenischen Patriarchat von Konstantinopel, von Patriarch Bartholomaios I., aus. Das Treffen stand unter dem Motto „Er rief sie alle zur Einheit“. Die Bezeichnung „Panorthodoxes Konzil“ mag etwas irreführend sein. Letztlich betrifft das Konzil die vier Patriarchate von Konstantinopel, Jerusalem, Alexandrien und Antiochien, schließt jedoch die orientalisch-orthodoxen Kirchen wie etwa die armenisch-apostolische, die koptische oder die äthiopisch-orthodoxe Kirche nicht ein. „Panorthodox“ war das diesjährige Konzil streng genommen auch nicht, weil in letzter Minute vier beteiligte Kirchen, darunter die zahlenmäßig größte der vierzehn orthodoxen Kirchen, das Moskauer Patriarchat, sowie die bulgarisch-orthodoxe, die georgisch-orthodoxe Kirche und das Patriarchat von Antiochien ihre Teilnahme aufgrund innerkirchlicher Machtkämpfe absagten.

Entscheidungen sind bindend

Diese Turbulenzen im Vorfeld erklären den anfänglich etwas chaotisch wirkenden Ablauf des Konzils, das dennoch auf der Durchführung bestand. Denn, so sagte Bartolomaios I., die jahrelangen Vorbereitungen hätten mit allen vierzehn Kirchen zusammen stattgefunden. Man habe die Dokumente gemeinsam vorbereitet und alle Kirchen hätten den Entscheid für das Konzil am orthodoxen Pfingstfest 2016 mitgetragen. Er sei

nicht befugt, das Konzil abzusagen, so Bartolomaios I. Das Konzil behandelte die Dokumente in der Hoffnung, dass die fehlenden Kirchen diese später aufnehmen und unterzeichnen. Der Konzilscharakter wurde in Kolymvari beibehalten, die Entscheidungen sind für die anwesenden Kirchen bindend.

Das letzte „ökumenische Konzil“ fand 787 statt. Das Anliegen für ein „Panorthodoxes Konzil“ geht auf die 1920er-Jahre zurück. Die Vorbereitungen für das Treffen auf Kreta begannen 1961 und schlossen zuletzt sechs Themenbereiche ein: Mission der orthodoxen Kirche in der heutigen Welt, die orthodoxe Diaspora, Autonomie, Sakrament der Ehe, die Bedeutung des Fastens und heutige Einhaltung, Beziehungen der orthodoxen Kirche mit dem Rest der christlichen Welt.

Petition: Die Frauen einbinden

Unter den über 170 Patriarchen, Bischöfen, Beratern und Beobachtern waren vier Frauen als Beraterinnen: Lange vorher hatte das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel die Politikwissenschaftlerin Elizabeth Prodromou eingeladen. Neben ihr die Äbtissin des Frauenklosters in Chania (Kreta). Auch Erzbischof Anastasios von Albanien hatte es gewagt, unter den sechs zugestandenen Beratern zwei Frauen einzuladen: eine Ordensfrau und eine Laiin.

Im Vorfeld hatte die orthodoxe Patricia Bouteneff (USA) eine Petition gestartet und dazu aufgerufen, Frauen sichtbarer zu machen. Der Appell richtete sich an das Ökumenische Patriarchat mit der Bitte, unter den Laienberatern Frauen einzuschließen. Die Petition erzielte bis heute 1242 Unterschriften. Patriarch Bartolomaios antwortete darauf persönlich, dass er die Frauen höre.

Zentrale Anliegen der Orthodoxie

Elizabeth Prodromou, US-Amerikanerin mit griechisch-zypriotisch-orthodoxem Hintergrund, ist Spezialistin für internationale Beziehungen und Religionsfreiheit. Die ersten Tage des Konzils erlebte sie als formalistisch, auch unter dem

Eindruck der Absage von vier Kirchen. Dann habe sich das Klima verändert und der Formalismus sei engagierten und einführenden Diskussionen gewichen. „Das war inspirierend, das war der Geist eines konziliaren Prozesses“, sagte Prodromou. Die Orthodoxe Kirche wolle ihr eigenes Verständnis von Kirche in Einheit und Verschiedenheit sichtbar machen. Das funktioniere nur, wenn die Orthodoxe Kirche sich nicht ängstlich verschließe, sondern sich die einzelnen eigenständigen (autokephalen) orthodoxen Kirchen einander annähern und öffnen und das zentrale Anliegen der Orthodoxie vertreten: Religionsfreiheit. Dabei dürften Frauen nicht aufhören Fragen zu stellen, „selbstsicher, authentisch und bereichernd“, forderte Prodromou.

Die Bedeutung des Konzils setzt sie in Vergleich zum europäischen Prozess: Während die Europäische Union versuchte, Einheit und Verschiedenheit zu leben – was eigentlich ein orthodoxes Verständnis von Trinität darstelle – und jetzt Gefahr laufe, sich aufzulösen, gehe die orthodoxe Kirche in entgegengesetzter Richtung: sie will Einheit und Verschiedenheit zur eigenen Konsolidierung vertiefen und sich als Kirche zu Einheit in Verschiedenheit zusammenfinden. Beziehung sei nicht machbar, sondern durch die Macht der Liebe zu erreichen. Das sei eine Grunderfahrung der orthodoxen Kirche, die historisch viel Leidenserfahrung und Unterwerfung ausgesetzt war. Auch heute laufe sie Gefahr, im Nahen Osten ausgelöscht zu werden. So bot das Konzil den autokephalen Kirchen die Gelegenheit, sich näher kennen zu lernen, über alle kulturellen Unterschiede hinweg, und sich als globale Kirche zu sehen.

Am Ende des Konzils stand fest, dass der Wunsch der orthodoxen Kirchen, sich besser kennen zu lernen und sich über ihre eigenen, auch nationalen Grenzen hinauszubewegen auf „die eine orthodoxe Kirche“ hin, mit den anwesenden zehn Kirchen verwirklicht wurde: die „eine orthodoxe Kirche“ als eine globale Gestalt in Afrika, Lateinamerika, Asien und der

westlichen Welt zu vertreten. Die globale Sicht der „einen Kirche“ erlaube es, besser auf die regionalen Problemstellungen einzugehen wie etwa die Bürgerkriege in Afrika und ihre humanitären Auswirkungen, so die Kirchen. Kardinal Kurt Koch, eingeladen als Beobachter, begrüßte dieses Anliegen, denn für die Römisch-Katholische Kirche sei „die Orthodoxe Kirche“ in globaler Gestalt eine sichtbare Gesprächspartnerin für die Ökumene.

(*) Esther R. Suter ist Theologin und begleitete das Konzil als Fachjournalistin.
